

06. Juli 2013



Mitdenkforum Hessen

PROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2013

Mit Denken mitgestalten!

***Gemeinsam auf dem Weg –
Ideen für die Zukunft Hessens***

Zukunftsprogramm der CDU Hessen 2014–2019



Einleitung: Entscheidung für Hessen7

1. Chancen für jeden 11

- Ideen und Ziele für Familien 11
- Ideen und Ziele für Frauen 12
- Ideen und Ziele für Senioren 13

2. Gemeinsam stärker sein..... 14

- Ideen und Ziele für die Stärkung der Gemeinschaft 14
- Ideen und Ziele für die Stärkung unserer hessischen Identität 15
- Ideen und Ziele für Kreise, Städte und Gemeinden 15
- Ideen und Ziele für Kirchen und Religionsgemeinschaften 16
- Ideen und Ziele für den Sport 17
- Ideen und Ziele für Heimatvertriebene und Spätaussiedler 17
- Ideen und Ziele für Integration 18
- Ideen und Ziele für Menschen mit Behinderung 18

3. Bildung sichert Zukunft 20

- Ideen und Ziele für Schule und Bildung 20
- Ideen und Ziele für Wissenschaft und Hochschulen 26
- Ideen und Ziele für die Forschung 27

4. Sicher leben 29

- Ideen und Ziele für Sicherheit und Ordnung 29
- Ideen und Ziele für Justiz und Recht 31

5. Wirtschaft schafft Arbeit	32
• Ideen und Ziele für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk	32
• Ideen und Ziele für sichere Arbeitsplätze	34
6. International und weltoffen	35
• Ideen und Ziele für die Internationalität Hessens	35
• Ideen und Ziele für Europa	35
• Ideen und Ziele für den Finanzplatz Frankfurt	36
7. In Hessen wohlfühlen	38
• Ideen und Ziele für die Kultur	38
• Ideen und Ziele für das Leben auf dem Land	39
• Ideen und Ziele für den Wohnungsbau	40
• Ideen und Ziele zum Schutz der Natur	40
• Ideen und Ziele für Landwirtschaft und Weinbau	41
• Ideen und Ziele für Jagd und Fischerei	42
• Ideen und Ziele für den Tourismus	42
8. Gesund durchs Leben	43
• Ideen und Ziele für die Gesundheit	43
• Ideen und Ziele für den Verbraucherschutz	44
9. Damit es läuft	46
• Ideen und Ziele für die Energieversorgung	46
• Ideen und Ziele für Verkehr und Lärmschutz	48
• Ideen und Ziele für das Internet	52
• Ideen und Ziele für Rundfunk und Medien	52

10. Solide und gut aufgestellt 54

- Ideen und Ziele für solides Haushalten 54
- Ideen und Ziele für Finanzen und Steuern 54
- Ideen und Ziele für eine moderne Verwaltung 55

Entscheidung für Hessen

Weit mehr als vier Millionen Hessen haben die Wahl: Sie entscheiden am 22. September über die Zukunft unseres Landes und die Zukunft der Politik in Deutschland.

Die CDU als Volkspartei der Mitte ist getragen von einem christlich-humanistischen Menschenbild. Alle Menschen sind gleich viel wert, aber nicht alle Menschen sind gleich. Es ist unser Anspruch, jedem Menschen optimale Entwicklungsmöglichkeiten in Freiheit und Sicherheit zu bieten. Dafür schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen.

Wir bieten Ideen statt Ideologien und Freiheit statt Zwang.

Hessen auf dem Weg

Wir haben uns in den vergangenen Monaten gemeinsam mit den Hessinnen und Hessen auf den Weg gemacht. Bei der Entstehung unserer Ideen für die Zukunft Hessens haben wir die Menschen in unseren Mitdenkforen gefragt: Was muss der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger tun und was kann der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger leisten? Unzählige Antworten, Anregungen und Ideen haben uns erreicht. Dafür sind wir dankbar.

Klar ist, es geht um Richtungsentscheidungen:

- Freie Schulwahl mit dem Erhalt der Gymnasien oder Zwangseinheitsschule.
- Verantwortungsvolles Haushalten oder maßlose Steuer- und Abgabenerhöhung.
- Klage gegen den ungerechten Länderfinanzausgleich oder parteipolitisch motivierter Verrat hessischer Interessen.
- Kluge Energiewende mit Augenmaß oder schneller Ausbauaktionismus.
- Verlässliches Handeln oder haltlose Versprechungen.
- Freiheit und Vielfalt für Familien oder eine bevormundende Rundumbetreuung durch den Staat.

Welche Richtung wir einschlagen wollen, macht das Zukunftsprogramm der CDU Hessen deutlich. In der Verpflichtung gegenüber den Menschen in unserem Land legen wir unser Angebot für die Zukunftsgestaltung vor. Darüber wird am 22. September abgestimmt.

Auf stabilem Fundament

Vertrauen in den richtigen Weg für die Zukunft haben die Menschen nur dann, wenn dieses Vertrauen auf einem stabilen Fundament gründet. Dank unserer Politik der letzten vierzehn Jahre verfügt Hessen über ein solches stabiles Fundament. Hessen gehört zu den stärksten Wirtschafts- und Wachstumsregionen in Europa. Die Menschen haben uns gesagt, dass sie gerne in Hessen leben, sich wohl fühlen und mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft gehen,

weil in Hessen

- so viele Frauen und Männer Arbeit haben wie noch nie.
- so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen wie noch nie.
- so viele Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind wie noch nie.
- den Kommunen so viel Geld zur Verfügung steht wie noch nie.
- finanzschwache Kommunen durch den kommunalen Schutzschirm so viel Hilfe bekommen wie noch nie.
- die Ehrenamtlichen, insbesondere in Feuerwehren und Sportvereinen, eine so intensive Unterstützung erfahren wie noch nie.
- Eltern und Schüler so viel Freiheit bei der Schulwahl haben wie noch nie.
- so viele Lehrer in so kleinen Klassen unterrichten wie noch nie.
- das Bildungssystem so durchlässig ist wie noch nie.
- die Investitionen in Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen so hoch sind wie noch nie.
- so viele junge Menschen studieren wie noch nie.
- so wenige Straftaten wie seit 20 Jahren nicht mehr begangen werden und die Aufklärungsquote so hoch ist wie noch nie.
- so viele Polizistinnen und Polizisten vor Ort sind wie noch nie.
- die Menschen sich so sicher fühlen wie noch nie.
- der Ausbau der Erneuerbaren Energien so weit ist wie noch nie.
- so viel in Straßenbau und Infrastruktur investiert wird wie noch nie.
- so viele Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen wie noch nie.
- die Menschen von Europa und dem Euro so stark profitieren wie noch nie.
- die Verschuldung künftiger Generationen mit der Schuldenbremse so wirksam bekämpft wird wie noch nie.
- der Norden unseres Landes boomt wie noch nie.
- die Integration so stark gefördert wird wie noch nie.

Das sind 21 Punkte unserer erfolgreichen Politik – darauf bauen wir auf, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen!

Für dieses Miteinander steht auch unser Landesvorsitzender und Ministerpräsident Volker Bouffier. Durch seinen engagierten und auf Ausgleich bedachten Politikstil ist es gelungen, die Menschen bei wichtigen gesellschaftlichen Themen partei- und interessenübergreifend zusammenzuführen.

Klare Ziele für die Herausforderungen unserer Zeit

Das Zukunftsprogramm der CDU Hessen verbindet neue Ideen mit klaren Zielen. Darin liegt die Stärke der Union: ihre christlich-demokratischen Werte zu bewahren und gleichzeitig den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir geben Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit, denen wir uns in den nächsten fünf Jahren stellen werden:

Wir setzen die **Schuldenbremse** um, weil wir trotz wichtiger Investitionen in die Zukunft damit aufhören müssen, permanent Schulden auf Kosten unserer Kinder zu machen.

Wir klagen gegen den **Länderfinanzausgleich**, weil er unsere Anstrengungen bestraft und wir uns Angebote nicht leisten können, die andere Länder auf unsere Kosten finanzieren.

Wir setzen die **Energiewende** klug um, weil wir der Überzeugung sind, dass die intelligenteste und nicht die schnellste Lösung bei Bürgerinnen und Bürgern gefragt ist.

Wir sorgen für Wahlfreiheit für Familien und lassen Eltern frei entscheiden, ob ihre Kinder in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern oder mit Unterstützung durch das Betreuungsgeld zu Hause betreut werden.

Wir garantieren Eltern und Schülern **Schulvielfalt und Wahlfreiheit**, weil eine bedarfsgerechte und leistungsorientierte Förderung in Zwangseinheitsschulen nicht möglich ist; dazu gehört auch eine Garantie für die Gymnasien und für unsere europaweit einzigartigen Förderschulen.

Wir streben einen hessenweiten bedarfsgerechten weiteren **Ausbau von freiwilligen Ganztagsangeboten** für alle Schülerinnen und Schüler an, weil wir die ideologisch motivierte ganztägige Zwangseinheitsschule ablehnen.

Wir liefern passgenaue Lösungen für Stadt und Land bei der **Bekämpfung der Wohnungsnot**, indem wir die Sanierung von Dorfkernen erleichtern und in Städten sozialen und studentischen Wohnraum fördern; wir setzen auf das Miteinander von Privat und Staat.

Wir stehen für den **Ausbau von Straßen, Schienen und Flughäfen**, weil sie Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges und Wohlstands sind und bekämpfen den dadurch entstehenden Lärm mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des aktiven und passiven Lärmschutzes.

Wir gehen den **Fachkräftemangel** an, indem wir mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Arbeitsagentur Jugendliche schneller in Ausbildung bringen, Eltern Anreize zum beruflichen Wiedereinstieg geben und gezielt qualifizierte ausländische Fachkräfte anwerben.

Wir geben jungen **Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss** eine Perspektive, indem wir sie mit besonderen Angeboten für den Arbeitsmarkt fit machen.

Wir stellen die **ärztliche Versorgung auf dem Land** sicher, indem wir Konzepte für die Zusammenarbeit von Krankenhäusern bieten und die bedarfsgerechte Ansiedlung von Ärzten fördern, um Ärzte zu motivieren, Landarztpraxen zu übernehmen. Wir prüfen zur Erreichung dieses Zieles, ob es eine Befreiung vom NC für Medizinstudenten geben kann, die sie sich verpflichten, einen Teil ihres beruflichen Lebens in einer Landarztpraxis zu verbringen.

Wir gestalten die Rahmenbedingungen in Hessen so, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger, gerade der älteren, Beachtung finden; wir erkennen an, dass die **demografische Entwicklung** in unserem Land zeigt, dass die nächsten Jahrzehnte nur mit der aktiven Mitwirkung älterer Menschen erfolgreich gestaltet werden können.

Wir bekämpfen die Kriminalität im Internet, indem wir die von uns eingerichteten Kommissariate für Internetkriminalität zu **Internetwachen** ausbauen, die die Kompetenzen von Polizei und Staatsanwaltschaft bündeln und vernetzen.

Wir stehen für die konsequente **Bekämpfung von rechts-, links- und religiös motiviertem Extremismus**, weil wir unsere Demokratie mit Prävention, Recht und Rechtsprechung sowie Strafverfolgung durch Polizei und Verfassungsschutz entschlossen verteidigen.

Wir kämpfen für den Erhalt des **Euro**, indem wir die in Not geratenen Staaten Europas in ihrem Bemühen um Reformen und neuer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen; dabei dürfen hessische Steuergelder nicht in einem gemeinschaftlichen europäischen Schuldentilgungsfonds versickern.

Wir fördern den Finanzplatz **Frankfurt als Zentrum der europäischen Finanzpolitik**, weil ein gut regulierter Finanzmarkt Garant für viele Arbeitsplätze und Wohlstand in Hessen ist.

Wir spannen den **kommunalen Schutzschirm** für finanziell in Not geratene Städte, Gemeinden und Landkreise auf, indem wir sie mit Landesmitteln in die Lage versetzen, durch zusätzliche eigene Anstrengungen ihre Haushalte auszugleichen.

Wir stehen für eine leistungsgerechte **Steuer- und Abgabenpolitik**, bekämpfen Steuerhinterziehung entschieden und lehnen jegliche Steuer- und Abgabenerhöhungen ab, die mittlere Einkommen, Mittelstand und Handwerk belasten.

Wir setzen auf von den Tarifpartnern ausgehandelte, **branchen- und regionalbezogene Lohnuntergrenzen**, um Lohndumping entgegenzutreten. Ein flächendeckender politisch festgelegter Mindestlohn würde Arbeitsplätze vernichten.

Jede Stimme zählt

Am 22. September wählen Sie den Hessischen Landtag und den Deutschen Bundestag. Wir, die Christlich Demokratische Union, bitten um Ihr Vertrauen.

Sie entscheiden über Ideen oder Ideologien, über Freiheit oder Zwang.

Sie haben die Wahl. Jede Stimme zählt!

1. CHANCEN FÜR JEDEN

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Jeder Einzelne ist Teil des Ganzen, hat aber eigene Bedürfnisse und Ziele sowie Stärken und Schwächen. Aufgabe des Staates darf es nicht sein, die individuelle Lebensform des Menschen vorzuschreiben oder seine persönlichen Bedürfnisse festzulegen. Eine besondere Verantwortung haben wir aber für Kinder und Familien. Familie ist grundlegend für den Einzelnen wie für die Gesellschaft als Ganzes. Sie ist der Raum, in dem das Zusammenleben mit anderen beginnt, unser erster und wichtigster Bildungsort, unsere nachhaltigste Zukunftswerkstatt.

Die CDU hat in Hessen nicht nur die Kinderbetreuung massiv ausgebaut, sondern auch seit einem Jahrzehnt für einen hohen Qualitätsstandard gesorgt. Wir haben einen der höchsten Versorgungsgrade von Kindern unter drei Jahren in den westdeutschen Flächenländern und ein dichtes Netz von Familienzentren, die Familien in ihrem Umfeld unterstützen. Zugleich begrüßen wir, das von der CDU-geführten Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld als Anerkennung für diejenigen Eltern, die ihre Kinder auch nach dem ersten Geburtstag in stärkerem Maße in der Familie betreuen lassen wollen. Mit der von uns eingeführten Familienkarte erfahren Familien und Kinder überdies eine besondere Wertschätzung. Mit der seniorenpolitischen Initiative haben wir eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen für die ältere Generation gestartet.

Wir wollen Hessen auf dem Weg zum Familienland weiter voranbringen. Kinderlachen ist Zukunftsmusik. Wir wollen die Generationen verbinden, genauso wie wir Ungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen beseitigen wollen. Alle Menschen sollen das Signal bekommen, dass sie in Hessen Zukunftsperspektiven haben und gebraucht werden.

Ideen und Ziele für Familien:

- **Uneingeschränkte Wahlfreiheit** der Eltern über Ort und Bedingungen der Erziehung ihrer Kinder.
- Schaffung qualitativ und quantitativ guter und flexibler **Betreuungsmöglichkeiten** für Kinder unter drei Jahren über den empfohlenen Versorgungsgrad von 35 Prozent hinaus.
- Ausgestaltung attraktiver Bedingungen für **Tagesmütter** und Bekenntnis zur Wahlfreiheit der Eltern in der Betreuung in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern oder zu Hause mit Unterstützung durch das Betreuungsgeld.
- Weiterentwicklung des **Betreuungsgelds zu einem Elterngeld II** mit der Option, es in doppelter Höhe nur während des zweiten Lebensjahres eines Kindes zu erhalten.
- Förderung des weiteren Ausbaus des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen, um die **Vereinbarkeit von Familie und Studium** zu stärken.
- Ausbau von **Betriebskindergärten**, um die Möglichkeit zu fördern, Kinder am oder nah am Arbeitsplatz zu betreuen, wie das bereits in der Landesverwaltung praktiziert wird.
- Bedarfsgerechter Ausbau der **Betreuungsmöglichkeiten an allen Schulen** als freiwilliges Angebot.
- Schaffung eines Anreizprogramms zur Erschließung der „**stillen Erzieher-Reserven**“, da nur 34 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher in Kitas Vollzeit arbeiten.
- Unterstützung von **Existenzgründungen und Dienstleistungsangeboten**, die dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Pflege und Beruf zu erleichtern.
- Unterstützung von „**dual-career-Strategien**“, die bei der Anwerbung hochqualifizierter Wissenschaftler auch berufliche Perspektiven für den Ehe- oder Lebenspartner schaffen, um den Wissenschaftsstandort für junge Familien und Partner attraktiv zu machen.

- Ausbau der **Familienzeit**, d.h. Gelegenheit zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, um die Betreuung von Familienmitgliedern im Einzelfall durch individuelle Lösungen zu ermöglichen.
- Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beim **Wiedereinstieg in den Beruf** nach Krankheitszeiten, aufgrund von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen sowie Ausweitung der Flexibilität der Arbeitszeiten und Ausbau der Telearbeit.
- Einführung eines **Hessen-Zertifikats „Premium-Betrieb“**, wenn Unternehmen gesundheitsfördernde, frauenfördernde, familienfreundliche und altersgerechte Arbeitsbedingungen haben.
- Schaffung von bezahlbarem **Wohnraum für Familien in Großstädten** durch gezielte Förderung im Rahmen des Wohnungsbauprogramms.
- Weiterentwicklung der hessischen **Familienkarte**, um das Gemeinschaftsgefühl von Familien und gemeinsame familiäre Aktivitäten zu fördern.
- Stärkung und Ausbau des erfolgreichen hessischen Modells der **Familienzentren**.
- Einbringung einer Initiative auf Bundesebene für die Weiterförderung der **Mehrgenerationenhäuser** nach 2014.
- Einberufung einer **Kommission „Kinderlachen ist Zukunftsmusik“** mit Vertretern aus Parlament, Regierung, Wirtschaft, Verwaltung, Kirchen, Verbänden, Medien und privaten Initiativen mit dem Ziel, praktisch anwendbare Handlungsempfehlungen für noch mehr Kinderfreundlichkeit in Hessen auszuarbeiten.
- Einrichtung einer **Stabsstelle „Kinderschutz“**, um präventiv regulierend und gesetzgeberisch dem Wohl der Kinder einen noch größeren Stellenwert einzuräumen und das Netzwerk der Frühen Hilfen hessenweit auszubauen.
- Bundespolitische Initiative zur Vermeidung von **Spätabtreibungen**.
- Bundespolitische Initiative zur verpflichtenden Aufklärung über die Möglichkeiten der **Adoption im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung**.
- Hilfe für **werdende Mütter in Konfliktsituationen** durch spezielle Beratungsangebote sowie flächendeckende Möglichkeiten zur anonymen Geburt.
- Ermöglichung einer **geschützten Schwangerschaft** im Rahmen eines Programms „Salomo – Lebenschenken“.
- Beteiligung an den **Kosten der künstlichen Befruchtung** im Rahmen eines Fondsmodells.

Ideen und Ziele für Frauen:

- Durchsetzung der **Gleichstellung** von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Beseitigung von **Lohnungleichgewichten** zwischen den Geschlechtern.
- Förderung der **Fachkräfteausbildung** von jungen Frauen im mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich (MINT).
- Verbesserung der **Frauenerwerbsquote** unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen der Fachkräftekommission Hessen.
- Ausweitung des Anteils von Frauen in **Führungspositionen** durch ein Mentoringprogramm.

- Verbesserung der Situation von **Alleinerziehenden** durch weiteren Ausbau der Kinderbetreuung auch während der Schulzeit, Unterstützung beim Wiedereinstieg nach Erziehungspausen und dem Hinwirken auf flexible Arbeitszeitmodelle im Zuständigkeitsbereich des Landes.
- Durchführung einer **Imagekampagne** zur Unterstreichung des Stellenwerts und des Selbstverständnisses von Männern und Frauen, die sich für die Familie entscheiden und einsetzen.
- Bundesratsinitiative zur angemessenen Berücksichtigung von Kindererziehung in den **sozialen Sicherungssystemen**, insbesondere gleichwertige Anrechnung der Kindererziehungszeiten vor 1992 und darüber hinaus durch gerechtere Verteilung der Beitragslasten in der gesetzlichen Rentenversicherung.
- Förderung von mindestens einer **Interventionsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt.

Ideen und Ziele für Senioren:

- Weitere Umsetzung der bestehenden **seniorenpolitischen Initiative** mit dem Ziel, das altersgerechte Leben in Hessen zu verbessern.
- Einrichtung einer **Vermittlungsbörse „Durchstarten mit 60“** zur Nutzung von Erfahrungen und Fähigkeiten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich.
- Förderung und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit **älterer Berufstätiger** durch frühzeitige Investitionen in die Gesunderhaltung sowie alters- und altersngerechte Arbeitsplätze.
- **Fortbildungsmöglichkeiten** auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Förderung der **interkulturellen Altenpflegeausbildung**. Da zukünftig viele Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen in Altenheimen betreut werden, ist es notwendig, sich schon jetzt der Qualifizierung von Fachpersonal zu widmen.
- Stärkung des Umgangs von Seniorinnen und Senioren mit den **neuen Medien**.
- Schaffung einer landesweiten **Marke „Aktion GENERATION“**, um in Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen, Unternehmen und Institutionen älteren Menschen mehr Hilfsangebote im täglichen Leben zu machen (Sitzmöglichkeiten in Supermärkten, verständliche Sprache, Orientierung in Bussen und Bahnen etc.).
- **Seniorengerechte Anlaufstellen** bei den Bürgerbüros, Behörden und öffentlichen Einrichtungen, um schnell, auf Basis leicht verständlicher Formulare und auf unbürokratische Weise zu helfen.
- Schaffung weiterer Anreize zur Herstellung **seniorengerechten Wohnraums**, von Barrierefreiheit und generationenübergreifenden Wohnprojekten.
- Privilegierung von **Personenaufzügen an Altbauten** in der Hessischen Bauordnung, damit bestehender Wohnraum seniorengerecht umgebaut werden kann.

2. GEMEINSAM STÄRKER SEIN

Hessen ist ein Land, in dem Gemeinschaft und Engagement groß geschrieben werden – jeder Dritte engagiert sich ehrenamtlich. Heimat und Identität heißt in Hessen auch immer: Einsatz und Begeisterung für die Hilfe in der Nachbarschaft, im Verein, in der Kommune und in der Region. Menschen mit Behinderungen sind selbstverständlicher Teil unserer Gemeinschaft - einer Gemeinschaft, die schon immer für eine Willkommenskultur für Vertriebene und Spätaussiedler stand und die heute für Migranten und ihre Kinder offen steht. Hesse ist, wer Hesse sein will - im Land und in starken Kommunen. Engagement in Vereinen, Kirchen und im Sport - dieser besondere hessische Weg stärkt unser Gemeinwesen, unseren Zusammenhalt und unsere Demokratie.

Die CDU hat in Hessen unter anderem die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ begründet, den Sport massiv finanziell unterstützt, das wichtige Thema Integration in einem eigenen Ministerium sowie durch zahlreiche Einzelmaßnahmen aufgewertet, das ehrenamtliche Engagement mit bundesweit einmaligen Initiativen massiv gefördert und den Anteil von Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung von Jahr zu Jahr deutlich gesteigert. Hier ist Hessen Spitze in Deutschland.

Als erstes Land in Deutschland hat Hessen mit dem „Kommunalen Schutzschirm“ die Entschuldung von Kreisen, Städten und Gemeinden angepackt. Gemeinsam mit den Konjunkturprogramm-Mitteln flossen damit rund fünf Milliarden Euro zusätzlich an die Kommunen.

Wir wollen diese starke Gemeinschaft in Hessen noch stärker machen. Jeder wird gebraucht und kann sich einbringen. Für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft ist stärkeres bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Und starke Kommunen sind dafür die starke Basis.

Ideen und Ziele für die Stärkung der Gemeinschaft:

- Änderung der Hessischen Landesverfassung durch Aufnahme einer neuen Staatszielbestimmung: **„Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“**.
- **Abbau bürokratischer Hürden** für ehrenamtlich arbeitende Vereine und Bürgerinnen und Bürger.
- Stärkung vorbildhafter ehrenamtlicher Initiativen und Arbeit durch eine vielfältige **Anerkennungskultur** (wie Ehrenbrief etc.).
- Prüfung eines **Einstellungsbonus** im Öffentlichen Dienst für ehrenamtlichen Einsatz.
- Gründung einer **Bürgerkampagne „Respekt“**; wir wollen das Miteinander der Generationen im Alltag durch freiwillige Übereinkünfte von Bürgern, Vereinen, Institutionen, Verbänden, Stiftungen und der Wirtschaft verbessern.
- Ausweitung von Gemeininn-orientierten Projekten durch die **Landesstiftung „Miteinander in Hessen“**, die auch die Gründung von Bürgerstiftungen und Genossenschaften fördert.
- Fortsetzung der **Kampagne „Gemeinsam Aktiv“** zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die mit Ehrenamtscard, Ehrenamtssuchmaschine und anderen Instrumenten die Anerkennungskultur in Hessen weiter verankert und nach vorne bringt.
- Prüfung der Einführung einer **Ehrenamtscard für Jugendliche**.
- Weiterentwicklung der **Ehrenamts-Börse**, bei der sich generationenübergreifend ehrenamtlich Engagierte registrieren können, um für ihre Arbeit im Sinne der Gemeinschaft „Guthaben“ zu erwerben, das später eingelöst werden kann, um Unterstützung oder Hilfen zu erhalten.
- Schaffung von neuartigen Netzwerken, Projekten und Konzepten zur Förderung der **Nachbarschaftshilfe**.

- Initiative zum **Schutz gegen die zunehmende Gewalt** gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rettungsdienst, bei Feuerwehr, Technischem Hilfswerk oder Polizei.
- Fortsetzung der beispielhaften Förderung von **Feuerwehren, Rettungswesen und den Hilfsorganisationen**.
- Beibehaltung der so genannten „**30-Millionen-Euro-Garantie**“ für den Brand- und Katastrophenschutz.
- Ausbau der **Landesfeuerweherschule** in Kassel.
- Neuerrichtung des **Jugendfeuerwehrausbildungszentrums** im mittelhessischen Raum.
- Unterstützung der Wehren bei der **Nachwuchsgewinnung** durch besondere Maßnahmen zur Anwerbung von „Löschzwerge“.
- Unterstützung von Initiativen und Konzepten zur Erleichterung/ Anerkennung des Dienstes der **ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen**.

Ideen und Ziele für die Stärkung unserer hessischen Identität

- Förderung der Einrichtung eines **Lehrstuhls für hessische Geschichte** an einer hessischen Hochschule, um die Identifikation mit Hessen und seiner Herkunft zu stärken.
- Vergabe eines jährlichen „**Hessenstipendiums**“ auf dem Hesttag an einen Doktoranden, der sich der Erforschung der hessischen Geschichte widmet.
- Stärkung der Heimatkunde im Sachunterricht der Grundschule.
- Förderung der **NS-Gedenkstätten** sowie der beiden **Erinnerungsstätten** an Diktatur und deutsche Teilung, „Schiffersgrund“ und „Point Alpha“.
- Fortsetzung des Schwerpunktprojekts „**Politisch-Historische Aufarbeitung der SED-Diktatur**“ bei der Landeszentrale für Politische Bildung.
- Beibehaltung des ältesten und erfolgreichen Landesfestes **Hesttag**.

Ideen und Ziele für Kreise, Städte und Gemeinden:

- Erhalt und Sicherung der **finanziellen Leistungsfähigkeit** der Kommunen und Kreise als Basis des gesellschaftlichen und politischen Lebens und Handelns.
- Weiterentwicklung des **Kommunalen Finanzausgleichs** und zeitnahe Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofs zum Kommunalen Finanzausgleich. Erstmalige Finanzbedarfsermittlung der hessischen Kommunen.
- Umsetzung und Begleitung des beschlossenen „**Kommunalen Schuttschirms**“ zur mittel- und langfristigen Entschuldung der Kommunen; die teilnehmenden Städte, Kreise und Gemeinden werden permanent beraten und unterstützt.
- Einrichtung einer Stabsstelle zur Beratung von **Nicht-Schuttschirm-Kommunen** im Bereich der Haushaltspolitik.

- Bekenntnis zum **Konnexitätsprinzip** und Unterstützung der Hessischen Kommunen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf europäischer und Bundesebene.
- **Service- und Beratungsangebote** für Kommunen über Förder- und Darlehensprogramme in Hessen sowie auf nationaler und europäischer Ebene.
- Fortsetzung des **Dialogverfahrens** zwischen Kommunen und Land sowie regelmäßige Überprüfung gesetzlicher **Standards** auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit im Sinne der kommunalen Familie bzw. Öffnung von landesrechtlichen Standards für Kommunen, wo dies möglich ist.
- Fortsetzung und Erweiterung der bundesweit vorbildlichen Förderung der **Interkommunalen Zusammenarbeit** durch das Land. Dabei sind sämtliche mögliche rechtliche Hemmnisse vorrangig auf Bundes- und Europaebene wie Umsatzsteuerpflicht sowie bürokratische Genehmigungspflichten im Falle der Arbeitnehmerüberlassung zu beseitigen.
- Ermutigung der Kreise und Gemeinden, **Genehmigungsverfahren** zu verkürzen, zu erleichtern und diese Verfahren in einem Ranking transparent und vergleichbar zu machen.
- Erhalt der **Wasserversorgung** als Aufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge.
- Umsetzung und Anwendung der im **Gesetz zur Metropolregion** Frankfurt / Rhein-Main gegebenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Ballungsraum.
- Unterstützung der ehemaligen **Kasernenstandorte** bei ihren Konversionsmaßnahmen, auch gegenüber dem Bund, durch bevorzugte Abgabe der Grundstücke an die betroffenen Kommunen.
- Verknüpfung des **passiven Wahlrechts mit der Volljährigkeit** auf allen Ebenen und Abschaffung des Höchstalters für politische Ämter. Allein die Wählerinnen und Wähler sollen über die Qualifikation von Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden.

Ideen und Ziele für Kirchen und Religionsgemeinschaften:

- Klares Bekenntnis zur Achtung und zum Schutz der **Freiheit der Religionsausübung** als Menschenrecht und Fundament unserer offenen, freiheitlichen und christlich-abendländischen Gesellschaft.
- Bekenntnis zur **Partnerschaft und zum Dialog** mit den christlichen Kirchen, der jüdischen Gemeinschaft und den muslimischen Gemeinden in Hessen.
- Beibehaltung des bewährten **Kirchensteuersystems** zur Sicherung der Unabhängigkeit der Kirchen vom Staat.
- Förderung von Akzeptanz gegenüber der kulturellen und wertmäßigen Prägung unseres Landes und der damit verbundenen Existenz **christlicher Symbole und Glaubensübungen** im öffentlichen Raum.
- Ausbau von **Bildungsangeboten und Präventionsarbeit** in Schulen zur Förderung von Toleranz und Verständnis sowie zur Aufklärung gegen Radikalisierung und den Missbrauch von Religion durch Extremisten und Fundamentalisten.
- Bestandsgarantie der **christlichen Feiertage** und konsequente Einhaltung des Feiertagsgesetzes und des **Sonntagsschutzes** insbesondere zum Schutz der Sonntage im Advent.
- Bekenntnis zum Schutz **stiller Feiertage wie dem Karfreitag** und Aufrechterhaltung des damit verbundenen Tanzverbots.

- Schutz des besonderen **Arbeitsrechts der Kirchen**, das den Kirchen als religiösen Gemeinschaften zusteht und es ihnen zudem ermöglicht, ihre besondere und besonders wertvolle soziale und karitative Arbeit wirkungsvoll auszuüben.
- Förderung und Anerkennung der **Jugendarbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften**.
- Bekenntnis zum verfassungsrechtlich garantierten bekenntnisorientierten **Religionsunterricht** an allen hessischen Schulen in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht.

Ideen und Ziele für den Sport:

- Fortsetzung der **Förderung des Breiten- und Spitzensports** auf dem bisherigen, hohen Niveau.
- Fortführung des Ausbau- und Investitionsprogramms für die **Sportstätten** in Hessen.
- Entwicklung eines neuen, auch länderübergreifend angelegten Konzeptes zur **Spitzensportförderung** gemeinsam mit dem Landessportbund und dem Deutschen Olympischen Sportbund.
- Förderung der verstärkten Zusammenarbeit des **Schul- und Hochschulsports** mit örtlichen Sportvereinen und bei Sportveranstaltungen der Hochschule bzw. Schule.
- **Stärkung der Jugendarbeit** im Bereich Schulsport, zum Beispiel durch Konzepte, um die Bundesjugendspiele gemeinsam mit überregionalen Sportverbänden und Sportvereinen vor Ort attraktiver zu gestalten, etwa durch einen Wettbewerb „Beste Bundesjugendspiele“ mit Auszeichnung der jeweiligen Schule durch das Land und die Sportorganisationen.
- Unterstützung der Sportvereine bei ihrer herausragenden Integrationsarbeit sowie beim **Kampf gegen Gewalt und Rassismus**.
- Einführung eines Landeswettbewerbs **„Sportlichste Kommune in Hessen“** mit Berücksichtigung der kommunalen und ehrenamtlichen Aktivitäten.
- Gewährleistung der Sicherheit bei sportlichen **Großveranstaltungen** durch die Förderung und Forderung von verstärktem Einsatz der Beteiligten.

Ideen und Ziele für Heimatvertriebene und Spätaussiedler:

- Fortsetzung der **Förderung** der Vertriebenen und ihrer Verbände zur Unterstützung ihrer kulturellen Arbeit sowie deutscher Minderheiten im Ausland, die deutsches Kulturgut pflegen und bewahren.
- Unterstützung der Forderung nach einem **„Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“**.
- Bestandsgarantie für die **Landesbeauftragte** sowie den **Landesbeirat** für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der die Landesregierung und den **Landtagsunterausschuss** für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung sachkundig berät.
- Fortführung des **Hessischen Preises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“** im Zwei-Jahres-Turnus.
- Unterstützung der **Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“** sowie der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen.
- Fortsetzung der Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für **spät ausgesiedelte Deutsche**.

Ideen und Ziele für Integration:

- Fortführung eines eigenen **Integrationsministeriums**.
- Fortsetzung der **erfolgreichen Arbeit** der hessischen Integrationspolitik, die mit Instrumenten wie Integrationsbeirat, -konferenz, Modellregionen und Integrationspreis bundesweit beispielgebend ist.
- Fortführung der schulischen **Deutsch-Vorlaufkurse** im Rahmen einer integrierten Sprachförderung auf Basis flächendeckender Sprachtests für alle Kindergartenkinder, vom Eintritt in die Kita bis zum Ende der Grundschule.
- Ausweitung der Kurse für „**Deutsch als Zweitsprache**“.
- Ausweitung der **Sprachförderung für Eltern** bzw. Erwachsene („Mama und Papa lernen deutsch“), weil nur über Sprache die Integration überhaupt möglich ist.
- Stärkung der Angebote zur **Kulturvermittlung** für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit dem Ziel, unter der Wahrung ihrer eigenen kulturellen Identität und Herkunft die Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern.
- Verstärkte Einstellung von Migrantinnen und Migranten in den **Landesdienst**, vorzugsweise bei der Polizei, im Schuldienst sowie bei Bürgerämtern.
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz der **Lehrkräfte**.
- Offensive Werbung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft für das erfolgreiche Modell der **dualen Ausbildung** in Deutschland.
- Förderung der Akquise und Sicherung von **Ausbildungsplätzen** und Plätzen zur Einstiegsqualifizierung insbesondere bei Unternehmern mit Migrationshintergrund im Rahmen des Programms „IUBA Handwerk“ (Internationale Unternehmen bilden aus).

Ideen und Ziele für Menschen mit Behinderung:

- Förderung der **gleichberechtigten Teilhabe** von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben.
- Sicherung und Förderung des **Arbeitsmarktzugangs** für Menschen mit Behinderungen durch Inklusion, mehr Information und Transparenz über Unterstützungsmöglichkeiten und auch die Verbesserung der Infrastruktur.
- Ausbau der **bundesweiten Vorreiterrolle** bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst des Landes Hessen.
- Förderung von **Wohnmöglichkeiten** für Menschen mit Behinderungen.
- Förderung des **selbstbestimmten Wohnens** für Menschen mit Behinderung
- Weiterentwicklung des **Hessischen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**.
- Forderung nach Beteiligung des Bundes an den Kosten der **Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung**, um die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern.
- Verbesserung der Hilfen beim **Wechsel aus den Werkstätten auf den ersten Arbeitsmarkt**, soweit dies von den Betroffenen gewünscht wird.

- Absage an eine Absenkung des **Landesblindengeldes**.
- Einführung eines „**Tbl**“-**Kennzeichens** für Taubblinde.
- Ausbau des Medienangebotes des Hessischen Rundfunks in **Gebärdensprache**.

3. BILDUNG SICHERT ZUKUNFT

Bildung beginnt in der Familie, wird in Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung ergänzt und lebenslang fortentwickelt. Insbesondere die Grundlagen der frühen Jahre wirken übers gesamte Leben weiter. Bildung muss immer individuell sein, weil jeder Mensch einzigartig ist. Bildung in Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen, in Forschungseinrichtungen und in der beruflichen Praxis setzen Wahlfreiheit und Wettbewerb voraus. Bildung und Forschung müssen daher vielfältig sein. Deshalb kann erfolgreiche Bildung auch nicht zentral geregelt werden, sondern braucht den Wettbewerb der Länder und der Bildungsinstitutionen. Deshalb verfolgt die Bildungspolitik der CDU Hessen drei Zielsetzungen: Gerechtigkeit, Durchlässigkeit und individuelle Förderung.

1. Gerechtigkeit: Schaffung von möglichst gleichen Startchancen vor der Einschulung. Deshalb ist die vorschulische Bildung zu fördern und auszubauen. Hierbei gilt: gleiche Startchancen bedeutet nicht, dass alle auch die gleichen Ziele erreichen können.

2. Durchlässigkeit: Der Wechsel zwischen den unterschiedlichen Schulformen und Bildungsgängen soll erleichtert werden, denn Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell, weshalb es selbstverständlich sein sollte, dass unterschiedliche Wege zum Ziel führen.

3. Individuelle Förderung: Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Talente, Interessen, aber auch unterschiedliche Leistungsbereitschaft. Individuelle Förderung garantiert, dass jeder die Möglichkeit bekommt, seine Talente und Interessen bestmöglich zu entwickeln.

Die CDU hat in Hessen deshalb beispielsweise das Elternrecht und die freie Schulwahl gestärkt, die Ausgaben für Schule und Hochschule auf historische Höchststände gebracht, mehr Lehrer bei immer kleineren Klassen eingestellt und bundesweit einmalige Hochschulbau- und Forschungsinvestitionen zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Ganztagsangebote ist massiv gesteigert worden. Immer weniger Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss.

Wir stehen für die bestmögliche Förderung jedes Kindes und setzen uns deshalb für den Erhalt eines gegliederten Schulsystems mit Gymnasien ein. Ebenso verteidigen wir mit Nachdruck eine Schullandschaft, die nicht auf Gleichmacherei, sondern auf Leistungsbereitschaft und Chancengerechtigkeit ausgerichtet ist. Leistung, Noten, Erfolge und Misserfolge wie das Sitzenbleiben gehören zum Lernen und müssen Bestandteil von Schule bleiben. Wir wollen den Schulen die Zeit und die Ruhe geben, mit nun erhöhten Mitteln innerhalb der geschaffenen Strukturen die hessischen Schülerinnen und Schüler möglichst individuell und erfolgreich zu fördern. Nur durch eine erfolgreiche Förderung, die zu Leistungssteigerungen führt, kann die Zahl der Sitzenbleiber reduziert werden, ohne das Leistungsniveau zu senken.

Ideen und Ziele für Schule und Bildung:

Grundsätzliches

- **Bestmögliche Förderung** jedes Kindes durch Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und Anerkennung von Individualität.
- Sicherstellung der verlässlichen **Unterrichtsversorgung** an allen hessischen Schulen.
- **Erhalt eines gegliederten Schulsystems sowie eines nach Lehrämtern differenzierten Lehrerbildungssystems, und Ablehnung von Einheitsschule und Einheitslehrern**, auch in Form von schleichenden Modellprojekten durch die Hintertür.
- Erhalt der **individuellen Wahlfreiheit** sowie des Elternrechts auf Schulvielfalt und damit Erhalt und Ausbau eines leistungs- und begabungsorientierten Bildungssystems, das einen **hohen Grad an Durchlässigkeit** bietet.

- Unterstützung des **Bildungsauftrages der Schulen**, das Verständnis für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu fördern, einen Beitrag zu Eigenverantwortung und gesellschaftlichem Engagement zu leisten und sich damit als Teil von Wertevermittlung und Orientierungshilfe zu verstehen.
- Ausbau eines „**Pakts für den Nachmittag**“ durch Land, Kommunen, Schulen, Vereine und Kirchen, der für Kinder bis zum 12. Lebensjahr ein flächendeckendes Bildungs- und Betreuungsangebot auf freiwilliger Basis sichert. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso unterstützt wie das gesellschaftliche Miteinander von Lernen, Freizeit und Ehrenamt. Zum Pakt für den Nachmittag gehört auch ein gesundes, nahrhaftes und bezahlbares Mittagessen.
- Weiterer bedarfsgerechter **Ausbau der Ganztagschulen** in allen Profilen. Wir streben an, dass die Schulzeiten ab 16:00 Uhr den Vereinen nicht im Wege stehen.
- Ausbau der **Zusammenarbeit mit den Eltern** und verstärkte Einforderung ihrer Mitwirkung; vermehrte Initiativen für verbindliche Erziehungsvereinbarungen zwischen Schulen und Eltern.
- Ausweitung von **Förderangeboten für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler** in den Ferien nach dem Beispiel der bereits erfolgreich eingeführten, so genannten „Ostercamps“.
- Beibehaltung des „**Sitzenbleibens**“ und der Querversetzung, durch die es leistungsschwächeren Schülern ermöglicht wird, Versäumtes nachzuarbeiten und sich dem jeweiligen Leistungsniveau wieder anzupassen; „Sitzenbleiben“ darf nicht als „Abstrafung“ verstanden, sondern soll als Chance gesehen werden, sich zu verbessern.
- Förderung des Verständnisses für **unternehmerisches Handeln** in der Schule; Intensivierung der Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft sichert die frühzeitige berufliche Orientierung.
- Ausbau **neuer Lern- und Lehrformen** unter Einbeziehung neuer Medien.
- Förderung des Interesses an **mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern** (sogenannten MINT-Fächern).
- Erhalt des verpflichtenden **Sportunterrichts** in allen Jahrgangsstufen bei gleichzeitiger Öffnung für neue Sportarten, die bislang nicht an den Schulen unterrichtet werden.
- Förderung von Schülerinnen und Schülern, die **Höchstleistungen** im Sport erbringen (z. B. durch angemessene Unterrichtsbefreiung bei Wettbewerben) sowie Förderung des Breitensportgedankens (z. B. durch Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportvereinen); „Programm Schule und Sport“.
- Fortschreibung und Fortentwicklung der Programme im Bereich „**Schule und Gesundheit**“.
- Auflage eines gemeinsamen Programms mit Kreisen, Städten und Gemeinden **zur Sanierung der sanitären Anlagen an Schulen**.

Grundschule

- Vertiefende Umsetzung des **Bildungs- und Erziehungsplanes** durch engere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule.
- Erhalt des Zugangs zu Bildung im ländlichen Raum durch den Erhalt kleiner Grundschulen vor Ort gemäß dem Prinzip „**kurze Beine, kurze Wege**“ sowie ergänzende Stärkung und Weiterentwicklung der Verbundkonzepte im Kita- und Schulbereich.
- Intensivierung der **Sprachförderung** von der Kita bis in die Grundschule einschließlich der schulischen Vorlaufkurse für Kinder ohne oder mit wenig Deutschkenntnissen.
- Ausbau des **bilingualen Angebots** (Deutsch und Fremdsprache) auf freiwilliger Basis sowie Ermöglichung des Erlernens der englischen Sprache ab Klasse 1.
- Stärkung der **Leseförderung** auch durch Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Initiativen.
- Nachfrageorientierter Ausbau der **flexiblen Eingangsstufen** entsprechend des jeweiligen regionalen Bedarfs.

Sekundarstufe I

- Flächendeckende Weiterentwicklung der Hauptschulen und Hauptschulzweige nach dem Vorbild des in den vergangenen Jahren erfolgreich praktizierten **SchuB-Modells**.
- Ausbau des **Praxisbezuges** in der Schulausbildung, insbesondere in den Hauptschulen, an den Hauptschulzweigen, den Realschulen und Realschulzweigen, an den Mittelstufenschulen, aber auch Stärkung der Berufsorientierung in der Oberstufe sowie eine generelle Einführung des Berufswahlpasses.
- Stärkere Vernetzung von Schulen mit **Mittelstand und Handwerk**, um frühzeitig künftige Auszubildende ansprechen zu können.
- Intensivierung der Verbindung zwischen Schule und Wirtschaft durch Ausweitung der **Mittelstufenschule** und bereits laufender Programme.
- Weitere Verbesserung der **Ausbildungsreife von Schulabgängern**.
- Fortentwicklung des **muttersprachlichen Unterrichtes** zu einem ordentlichen Unterrichtsfach der 2. oder 3. Fremdsprache nach Bedarf.
- Weitere **Senkung der Zahl von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss**, nachdem diese bereits in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert wurde.
- Ausbau von **Schulen zur Förderung sportlicher Talente**.
- Schrittweise Einführung des **Punktesystems** in der Sekundarstufe I.
- Ermöglichen eines Besuchs einer **NS-Gedenkstätte** sowie einer **Erinnerungsstätte an Diktatur und deutsche Teilung** für alle hessischen Schüler.
- Unterstützung der Teilnahme der hessischen Schulen an **europäischen und internationalen Programmen** und des Erwerbs sprachlicher Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, auch in Haupt- und Realschulen.
- Beibehaltung der jetzigen Form von **Abschlussprüfungen in Haupt- und Realschulen**.

- Sicherstellung der **Durchlässigkeit für Hauptschulabsolventen** zum mittleren Bildungsgang und der Anschlussfähigkeit zur gymnasialen Oberstufe.
- Umfassende **Berufs- und Studienberatung** sowie eine praxisnahe Berufsorientierung unter Einbeziehung der Unternehmen und beruflichen Schulen.

Sekundarstufe II

- Unterstützung von **bundesweit einheitlichen Abiturstandards** für Schülerinnen und Schüler unter der Voraussetzung der Einhaltung des hohen hessischen Niveaus.
- Unterstützung der Initiative für eine höhere Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse, um **Mobilität innerhalb Deutschlands** zu vereinfachen.
- Reform und Optimierung der **Übergangssysteme** zwischen Schule, Wirtschaft und Universität.
- Verstärkte Verzahnung und **Kooperation** von grundständigen und Oberstufengymnasien mit Wirtschaft, Fachhochschulen und Universitäten.
- Unterstützung und Weiterentwicklung von Schulen mit dem **Gütesiegel Hochbegabung** auf der Grundlage systematischer externer Evaluation mit dem Ziel verbindlicher hessenweit gültiger Mindeststandards.
- Entwicklung zusätzlicher Ansätze zur **Förderung begabungsstarker Kinder** im Rahmen schulischer wie außerschulischer Aktivitäten.
- Übernahme der **Schülerbeförderungskosten** auch für Gymnasiasten der Jahrgangsstufe 10 an G8-Gymnasien.
- Beibehaltung der Zusammenarbeit mit den **Jugendoffizieren** der Bundeswehr im Unterricht.
- Förderung des kostenfreien Zugangs zu wissenschaftlicher **Literatur im Internet**, die ausschließlich durch öffentlich finanzierte Forschung entstanden ist, mit dem Ziel möglichst weitreichender Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Berufsschulen

- Förderung eines regional ausgewogenen **Berufsschulangebotes** in der Fläche.
- Stärkung der **dualen Ausbildung** – unser Ziel ist es, junge Menschen ohne Warteschleifen direkt in die duale Ausbildung zu bringen. Eine Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf ist einer vollschulischen Berufsausbildung vorzuziehen.
- Prüfung der Umsetzung des Modells der IHK-Organisation zur Reform der betrieblichen Ausbildung **„Dual mit Wahl“** gemeinsam mit den Partnern der dualen Ausbildung.
- Ausbau und verstärkter Einsatz von **digitalen Lehr- und Lernmedien** in hessischen Schulen, z.B. durch den verstärkten Einsatz von digitalen Bücherlizenzen. Der verbindliche Einsatz von digitalen Medien in Unterricht und Prüfung, insbesondere in den MINT-Fächern, wird von der CDU angestrebt, wobei fachspezifische Softwarelösungen zu berücksichtigen sind.

Förderschulen

- Erhalt und behutsame Weiterentwicklung des bewährten **Förderschulsystems** und Ausbau der Funktion der Förderschulen als Kompetenzzentren zur Unterstützung der Regelschulen.
- Bekenntnis zur **Inklusion** von behinderten und nicht behinderten Kindern im Rahmen der pädagogischen Grenzen; Inklusion muss sich ausschließlich am Wohl der Kinder orientieren.
- Initiative für verbindliche **Erziehungsvereinbarungen** zwischen Schulen, Verwaltungen und Eltern bei Kindern, die starken pädagogischen oder erzieherischen Betreuungsbedarf haben.

Ersatzschulen

- Bekenntnis zum **Ersatzschulsystem**; Ersatz- bzw. Privatschulen sind fester Bestandteil der hessischen Schullandschaft und sichtbarer Ausdruck der Schulvielfalt.

Lehrer

- Bekenntnis zur **schulformbezogenen und fachspezifischen Lehrerbildung**.
- Offensive Werbung bei Interessierten des Lehramtsstudiums für **Mangelfächer**.
- Individuelle Förderung der schulformbezogenen **Qualifizierung von Lehrern**, vielfältiger Lehreraus- und -weiterbildung und frühzeitiger Praxisanteile während des Studiums.
- Schulformbezogene **Qualifizierung von Lehrkräften** durch vielfältige Lehreraus- und weiterbildung. Frühzeitige Eignungsabklärung und Stärkung der Praxisanteile während des Studiums durch Praxissemester.
- Fortentwicklung des **Praxissemesters** im Sinne einer weiteren Optimierung des Praxisbezuges in der Lehrerbildung.
- Entwicklung von Fördermöglichkeiten im **Laufbahnrecht** für Lehrkräfte.
- Stärkung der **interkulturellen Kompetenz** der Lehrkräfte und Ausbau der Gewinnung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund.
- Etablierung des Themas „**Medienkompetenz** junger Menschen“ als prüfungsrelevanter Bestandteil der Lehrerbildung in der ersten und zweiten Phase.
- Beibehaltung der **Ersten und Zweiten Staatsprüfung** sowie des Referendariats und Erhalt der Studienseminare in der Fläche.
- Erweiterung der **disziplinarischen Möglichkeiten** von Lehrkräften und Schulleitung.

Selbständige Schule

- Weiterentwicklung einer flächendeckenden **Selbständigen Schule**, in der freie Entscheidungsmöglichkeiten etwa im Bereich Personalauswahl, Unterrichtsgestaltung und Finanzen mit der Übernahme von Verantwortung für die Leistungsfähigkeit der Schule und ihrer Absolventen übereinstimmen und im Sinne von Verlässlichkeit und eigenverantwortlicher Gestaltung die Lehrerversorgung mit 105 Prozent sichergestellt wird.
- Umwandlung weiterer „**Selbständiger Beruflicher Schulen**“ (SBS), die mit Hilfe eines Qualitätsmanagements wichtige Qualitätsprozesse zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags entwickeln und optimieren.

Schulsozialarbeit

- Ausbau der **Schulsozialarbeit** in gemeinsamer Finanzierung zwischen Landesregierung, Schulträgern und Kommunen; insbesondere zur **Prävention von Gewalt und Mobbing** an Schulen.
- Ausbau der **Schulsozialarbeit** auf dem Wege einer Drittelfinanzierung zwischen Landesregierung, Schulträgern und Kommunen.

Mitbestimmung

- **Direktwahl der Schülervertretungen** auf allen Ebenen und Förderung der Möglichkeiten der Online-Beteiligung für alle Schülerinnen und Schüler.
- Wertschätzung der Arbeit der **örtlichen und überörtlichen Elternbeiräte**, des Landeselternbeirates sowie der Kreisschülervertretungen und des Landesschülerrates.

Schulverwaltung

- Durchführung eines Pilotprojekts „**Schulverwaltung in einer Hand**“, in der die Aufgaben des Schulamtes und des Schulträgers (äußere und innere Schulverwaltung) aus einer Hand erfolgen sollen.
- Einsetzung einer Arbeitsgemeinschaft aus Schulleiterinnen und Schulleitern zur **Entbürokratisierung des Schulalltags**.
- Beibehaltung der 15 **Staatlichen Schulämter** und deren Weiterentwicklung zu Ansprechpartnern und Dienstleistern für die Schulen und Akteure im Bildungsbereich in ihrer Region.
- Überarbeitung des Konzeptes der **Schulinspektionen** und Prüfung einer Verschlinkung der bestehenden Strukturen.

Weiterbildung

- **Weiterentwicklung der Schulleitungen** durch Fortbildungsmaßnahmen und eine zielgerichtete, verbesserte Personalauswahl sowie die Möglichkeit aus den der Schule zur Selbstverwaltung überlassenen Mitteln auch Verwaltungskräfte zu beschäftigen.
- Zusätzliche **Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote** für angehende Führungskräfte im hessischen Schuldienst.
- Erweiterung der Möglichkeiten zum **E-Learning** in der beruflichen Weiterbildung.
- Ausbau der Idee des **Hessen-Campus** zusammen mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie der Erwachsenenbildung an den Volkshochschulen.
- Lebenslanges Lernen zum Standard in Hessen machen durch Sicherung der flächendeckenden Grundversorgung an **Weiterbildungsangeboten** durch die Volkshochschulen und freien Träger nach dem **Hessischen Weiterbildungsgesetz**. Ferner streben wir einen Weiterbildungspakt mit den freien und öffentlichen Trägern an.

Ideen und Ziele für Wissenschaft und Hochschulen

- Erhalt der **vielfältigen Fachhochschul- und Universitätslandschaft**, um ein starkes, wissenschaftlich breit aufgestelltes und wohnortnahes Spitzenbildungsangebot in ganz Hessen zu gewährleisten.
- Erneuerung des **hessischen Hochschulpakts** über das Jahr 2015 hinaus, um den Hochschulen auch zukünftig Planungssicherheit und eine verlässliche Grundfinanzierung zu ermöglichen.
- **Verlängerung des Hochschulpakts 2020** zwischen Bund und Ländern, um steigender Studiennachfrage auch in Zukunft gerecht zu werden.
- Fortführung des Prozesses der **Landeshochschulentwicklungsplanung**, um die standortübergreifenden Interessen zusammenzuführen und die hessischen Hochschulen zu einer starken Gemeinschaft im nationalen und internationalen Wettbewerb zu machen.
- Fortführung des Hochschulbauprogramms „**HEUREKA**“, mit einem Gesamtvolumen von drei Milliarden Euro bis 2020, um die Hochschulbauten weiter zu modernisieren.
- Erweiterung der Möglichkeit der Hochschulen, selbst als **Bauherr** tätig zu werden und damit deren Eigenverantwortung weiter zu stärken.
- Weiterentwicklung der **leistungsorientierten Mittelzuweisung**, die den Hochschulen eine verlässliche Grundfinanzierung gewährleistet und Anreize zu höherer Qualität schafft.
- Weitere Erhöhung des **Frauenanteils** im Wissenschaftsbereich durch Schaffung von Anreizen über die leistungsorientierte Mittelzuweisung.
- Unterstützung von „**dual-career-Strategien**“, die bei Anwerbung hochqualifizierter Wissenschaftler auch berufliche Perspektiven für den Ehe- oder Lebenspartner schaffen, um den Wissenschaftsstandort für junge Familien und Partner attraktiv zu machen.
- Förderung des weiteren Ausbaus des **Kita-Angebots** an hessischen Hochschulen, um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu stärken.
- Stärkung der **Qualitätssicherung im Promotionsverfahren** im Dialog mit den Hochschulen und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats.

- Prüfung, ob **forschungsstarken Fachbereichen an Fachhochschulen** das Promotionsrecht verliehen werden kann.
- Unterstützung von Hochschulen und Universitäten bei der Pflege und dem Ausbau ihrer **internationalen Kontakte und Partnerschaften**.
- **Fortentwicklung** des Studierendenparlaments zu einer Konferenz der Fachschaftsvertretungen, um eine möglichst breite Vertretung der Studierenden zu sichern.
- Stärkung der **Transparenz der Allgemeinen Studierendenausschüssen (ASTen)** und bessere Kontrolle von Ausgaben der Studentenschaft durch Vorgaben zur Haushaltsmittelzuweisung. Alle geplanten Ausgaben sowie Rücklagen müssen im Haushaltsplan klar ausgewiesen und zugeordnet werden und jederzeit der Kontrolle des Studierendenparlaments unterliegen. Es müssen die gleichen Richtlinien und Vorgaben wie für öffentliche Haushalte gelten.
- Umsetzung der sogenannten „**Lissabon-Konvention**“, wonach nicht mehr Studierende die Gleichwertigkeit anzuerkennender Leistungen, sondern die Hochschulen die wesentlichen Unterschiede beweisen müssen.
- Ablehnung von **Studiengebühren**.
- Ausbau des Angebots an **studentischem Wohnraum** durch Unterstützung der hessischen Studentenwerke und privater Bauträger entsprechend dem hessischen Wohnungsbauprogramm, damit auch sozial Schwächere nicht durch hohe Studiennebenkosten von der Hochschule ferngehalten werden.
- Ausweitung des Einsatzes von **e-learning-Projekten** und mit modernen Kommunikationsmitteln realisierbarer Studienangebote, um berufstätigen Studierenden größtmögliche Flexibilität zu ermöglichen und Studieren von zu Hause möglich zu machen.
- Frühzeitiger Kontakt von **Schülerinnen und Schülern** mit Professoren, Lehrstuhlmitarbeitern und Studierenden, um Studieninhalte und -anforderungen praktisch zu erfahren.
- Weiterentwicklung der hessischen Hochschulen als Ort der **Weiterbildung** für Berufstätige und Ältere (als Gasthörer oder in Form eines Seniorenstudiums).

Ideen und Ziele für die Forschung:

- Stärkung und Ausbau der gemeinsamen länderübergreifenden Förderung von Einrichtungen **international wettbewerbsfähiger Spitzenforschung** an Hochschulen über die Exzellenzinitiativen von Bund und Ländern hinaus. Sollte für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems eine Änderung der Rechtsordnung erforderlich sein, werden wir uns dieser nicht verschließen. Voraussetzung ist der Erhalt der alleinigen Kompetenz der Länder für alle weiteren Belange der Hochschulen und für die allgemeine Bildung. Nur so kann das gewachsene Profil der erfolgreichen hessischen Hochschulen erhalten und fortentwickelt werden.
- Ablehnung sogenannter „**Zivilklauseln**“, um die Freiheit der Forschung und Verantwortung der Forscher zu stärken anstatt zu ideologisieren.
- Stärkung Hessens als **Forschungs- und Innovationsstandort** internationalen Ranges mit dem Ziel, Forschungsschwerpunkte zu forcieren und Alleinstellungsmerkmale in der Spitzentechnologie herauszustellen, die die Arbeitsplätze von morgen sichern.
- Fortführung des bundesweit einmaligen Forschungsförderprogramms **LOEWE** mit einem Fördervolumen von bisher bereits rund 450 Millionen Euro.

- Aufzeigen einer verlässlichen Perspektive für alle Projekte der **Exzellenzinitiative** durch Verhandlung eines Verstärkungsprogramms mit dem Bund.
- Prüfung und frühzeitige Planung potentiell neuartiger Institute der Spitzenforschung (**Fraunhofer, Helmholtz sowie Max-Planck-Institute**) zur Ansiedlung in Hessen.
- Ausrichtung innovativer Förder- und Unterstützungsprogramme mit dem Ziel, Hessen deutschlandweit zu dem **ersten Anlaufpunkt für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus allen Teilen der Welt zu machen**.
- Aufbau eines Programms „**Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**“ zur Etablierung verlässlicher Karriereoptionen für Nachwuchswissenschaftler.
- Förderung der Einführung eines **Faculty-Tenure-Tracks** an hessischen Hochschulen, der besonders qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern nach einer Erprobungsphase die Möglichkeit einer Lebenszeitprofessur eröffnet.
- **Stärkung der errichteten Wissenschaftszentren** (z.B. Houses of Logistics and Mobility, of Pharma, of IT sowie of Finance) und Forcierung ihrer Vernetzung.
- Weitere **Vernetzung** von Hochschulforschung, außeruniversitärer Forschung und Wirtschaftsunternehmen, um die Forschungsexzellenz in Hessen zu stärken.
- Unterstützung der Vernetzung hessischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit den besten Köpfen weltweit durch ein Programm „**Hessens Forschung leuchtet global**“.
- Verbesserung der Einwerbung von europäischen Forschungs- und Drittmitteln durch Schaffung **effizienter Beratungsstrukturen**.
- Bündelung aller forschungs- und technologierelevanten Zuständigkeiten und Förderprogramme in einem **Hessischen Zukunftsministerium**.
- Schaffung eines **Innovationsbeirates** mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus Universitäten, Fachhochschulen sowie privaten und staatlichen Forschungseinrichtungen.
- Stärkung des **Wissens-Technologie-Transfers** durch Unterstützung strategischer Partnerschaften, die am Profil der Hochschulen ausgerichtet sind.
- Förderung von **Experimentalfakultäten** neuen Typs, die thematisch auf große interdisziplinäre Herausforderungen zugeschnitten sind.
- Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks zur **Energiesystemforschung** in Hessen, um die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umsetzung der Energiewende zu fundieren.

4. SICHER LEBEN

Der Staat hat für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Verbrecher müssen verfolgt, Opfer geschützt werden. Die Menschen müssen sich in ihren Wohnungen, auf Straßen und Plätzen sowie in Bussen und Bahnen sicher fühlen können. Der Rechtsstaat muss gegenüber Feinden unserer freiheitlichen Demokratie und Kriminellen hart durchgreifen, was effiziente und moderne Fahndungsmethoden sowie Einsatzmittel voraussetzt. Eine stabile und verlässliche Justiz mit guten organisatorischen Strukturen ist auch ein Garant für unsere Wirtschaft.

Die CDU hat deshalb in Hessen beispielsweise die am modernsten ausgestattete und bestbezahlte Polizei in ganz Deutschland geschaffen. Die Aufklärungsquote von Straftaten ist so hoch wie nie, die Anzahl der Straftaten auf dem niedrigsten Niveau seit Jahrzehnten. Mit neuen Schwerpunktstaatsanwaltschaften und den Häusern des Jugendrechts haben wir unsere erfolgreiche Sicherheitsarchitektur um neue Strafverfolgungs- und Präventionsansätze ergänzt.

Wir wollen, dass sich die Menschen in Hessen auch zukünftig sicher fühlen, dass die Straftaten weiter zurückgehen, die Verbrechen aufgeklärt werden. Wir werden auch auf Bedrohungen wie Internet- und Wirtschaftskriminalität sowie Terrorismus die richtigen Antworten geben.

Ideen und Ziele für Sicherheit und Ordnung:

- Weiterer Ausbau der Präsenz von **Polizei vor Ort**, um das Sicherheitsgefühl der Menschen weiter zu erhöhen.
- Sicherung der Spitzenstellung der hessischen Polizei bei der technischen **Ausstattung** der Beamten und der Ausrüstung zur Verbrechensbekämpfung.
- Anwendung **modernster Fahndungsmethoden**, um die Aufklärungsquote von Straftaten weiter zu steigern.
- Ausbau und Weiterentwicklung der sog. „**Facebookfahndung**“ unter Berücksichtigung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes, um die Strafverfolgungsbehörden künftig in die Lage zu versetzen, bei der Strafverfolgung auch die neuen Medien effektiv nutzen zu können.
- Schutz der Bürger vor kriminellen Methoden und Cybermobbing im Internet durch Aufbau einer „**Internetwache**“, in der Cybercops und Staatsanwälte gemeinsam gezielt fahnden und verfolgen.
- Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft und Verwaltung zur Steigerung und Gewährleistung, Koordination und Intensivierung der **IT-Sicherheit**.
- Einführung einer **Meldepflicht bei erheblichen IT-Sicherheitsvorfällen** für Telekommunikationsunternehmen und Betreiber kritischer Infrastrukturen, um staatlicherseits schnell und gezielt handeln zu können.
- Konsequenter Ausbau der **Videoüberwachung** im öffentlichen Raum zur Vermeidung und Bekämpfung von Straftaten an Kriminalitätsschwerpunkten.
- Ausbau präventiver Maßnahmen und der Präventionsarbeit auf Grundlage des landesweit erfolgreichen Modells „**Netzwerk gegen Gewalt**“.
- Evaluation, Weiterentwicklung und Stärkung des **Freiwilligen Polizeidienstes**.
- Ausbau und Weiterführung **länderübergreifender Zusammenarbeit** von Polizei und Behörden.

- **Konsequente Verfolgung** von Extremismus jeder Art, um das friedliche und freie Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu gewährleisten.
- Fortführung des „**Kompetenzzentrums Extremismus**“ durch Bündelung aller Maßnahmen zur Bekämpfung von rechts-, links- sowie religiös motiviertem Extremismus.
- Bekenntnis zum **Verfassungsschutz**, um Rechts- wie Linksextremismus, islamistischen Terror oder ausländische Spionagetätigkeit wirksam bekämpfen zu können.
- Vorstoß mit anderen Ländern zur **Strafbarkeit** linksextremer und noch nicht unter Strafe gestellter rechtsextremer **verfassungsfeindlicher Symbole**.
- Stetige Weiterentwicklung des **Anti-Terror-Konzepts**, wie z.B. konsequentes Vorgehen gegen Salafisten.
- Entwicklung eines „**Aussteigerprogramms Islamismus**“ nach Vorbild der erfolgreichen Programme zum Ausstieg aus anderen verfassungsfeindlichen Gruppierungen.
- Durchführung schneller und strenger **Vereinsverbote für salafistische sowie links- und rechtsextremistische Vereine und andere Gruppen**, welche die demokratische und freiheitliche Grundordnung sabotieren.
- Ausweitung der Maßnahmen zum **Opferschutz** mit Betroffenen sowie relevanten Vereinen und Verbänden (wie z.B. dem Weißen Ring), gegebenenfalls im Wege bundesweiter Initiativen und Maßnahmen zum Schutz vor Mobbing, auch im Netz.
- Intensivierung der **Bekämpfung von menschenverachtenden Deliktformen** wie z.B. Menschenhandel, Zwangsprostitution, Pädophilie oder Kinderpornographie durch Zusammenwirken aller relevanten Sicherheitsstellen.
- Schaffung eines Aktionsbündnisses „**Sicherheit in Bussen und Bahnen**“ mit allen Verkehrsgesellschaften, das neben der Sicherheit auch die Ziele Ordnung und Sauberkeit verfolgt.
- Landesweite Kampagne unter Mitwirkung von Wohnungsgesellschaften, Ordnungsämtern und Sicherheitsfirmen, um gezielt **Wohnungseinbrüchen** vorzubeugen.
- Umsetzung von Maßnahmen und Konzepten zur Eindämmung von **Gewalt bei Sportveranstaltungen** in Stadien oder bei sonstigen Großereignissen.
- **Ablehnung jeglicher Versuche zur Entkriminalisierung** von Delikten wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Drogenmissbrauch, Schmierereien etc.
- Konsequente Durchsetzung des **Vermummungsverbotes** bei öffentlichen Versammlungen.
- Bekenntnis zum **Bundeswehrstandort Hessen** als bedeutsamer Pfeiler der Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Ideen und Ziele für Justiz und Recht:

- Erhalt einer **flächendeckenden Gerichtsstruktur** für alle Gerichtszweige. Wir werden die Ausweitung von auswärtigen Gerichtstagen gerade in strukturschwachen Gebieten gründlich und umfassend prüfen.
- Einsatz zur **Erhaltung des Standortes des Bundessozialgerichtes in Kassel**, der für uns größte Priorität hat.
- Einrichtung weiterer **Häuser des Jugendrechts** zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.
- Nutzung von so genannten „**Teen-Courts**“, um das Rechtsempfinden junger Menschen zu stärken.
- Konsequente Anwendung des **Warnschussarrests** zur schnellen und gezielten Abschreckung jugendlicher Straftäter.
- Errichtung einer eigenen **Jugendarrestanstalt für Nordhessen**, in Ergänzung zu den bestehenden Einrichtungen.
- Wiederherstellung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses bei der Anwendung von **Erwachsenenstrafrecht** bei Jugendlichen, so dass Heranwachsende in der Regel nicht mehr nach „**Jugendstrafrecht**“ verurteilt werden. Das Strafgesetzbuch hat auch in diesem Bereich ausreichend Möglichkeiten, eine angemessene Strafe auszusprechen.
- Aufnahme weiterer **Strafformen** (z.B. Führerscheinentzug auch außerhalb von Straßenverkehrsdelikten) neben Geld- und Freiheitsstrafen in das Strafgesetzbuch.
- Eindämmung und Bekämpfung der **illegalen Paralleljustiz** (z.B. sog. Scharia-Richter), gemeinsam mit islamischen Gemeinden und Autoritäten. Unterstützung einer Reform des Personenstandsgesetzes zur Stärkung der Rechte von Frauen und zum Schutz vor Zwangsehen.
- Unterstützung einer Gesetzesinitiative, die Frauen - so genannten „Importbräuten“ - einen eigenen **rechtlichen Aufenthaltsstatus** gewährt, um sie aus ihrer Notlage zu befreien.
- Stärkung juristischer Inhalte im Schulfach „**Politik und Wirtschaft**“, um Verständnis für unsere rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie zu wecken.

5. WIRTSCHAFT SCHAFFT ARBEIT

Hessen zählt zu den wirtschaftsstärksten Ländern in Deutschland und Europa. Die gesunde Wirtschaftsstruktur aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung macht die hessische Wirtschaft krisensicher. Das ist der Erfolg engagierter Unternehmer und gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie einer Politik, die wirtschaftlichem Wohlstand und sicheren Arbeitsplätzen klaren Vorrang verschafft. Nicht staatliche Überregulierung, dauerhafte Subventionen und mehr Steuern und Abgaben stützen unsere Wirtschaft, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und das Vertrauen in verantwortungsvolles Handeln von Unternehmern und Betriebsräten.

Die CDU hat beispielsweise in Hessen als einzigem Bundesland frühzeitig in der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Sonderkonjunkturprogramm mit über 1,9 Milliarden Euro aufgelegt, das zur Stabilisierung der Wirtschaft und zum Erhalt zehntausender Arbeitsplätze beigetragen hat. Durch weiter erhöhte Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, mittelstandsfreundliche Vergaberegeln, Forschungsförderung und den weiteren Bürokratieabbau haben wir die Weichen für eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung gestellt.

Wir wollen, dass die Menschen an diesem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Wir verfolgen die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, in der der ehrliche Unternehmer gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Interesse der Verbraucher handelt.

Ideen und Ziele für Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk:

- Unterstützung der erfolgreichen hessischen Wirtschaft als **Grundlage für Wohlstand und Sicherheit in unserem Land**.
- Fortsetzung einer **Politik für mehr Arbeitsplätze**, die bereits jetzt zum höchsten Stand der Beschäftigung in der Geschichte des Landes geführt hat.
- Klares Bekenntnis zum **verantwortungsbewussten Unternehmertum**, das gelebte Praxis in den meisten hessischen Betrieben ist.
- Klare Ablehnung und **konsequentes Vorgehen gegen rechtswidriges und arbeitnehmerfeindliches Handeln** einzelner Unternehmen.
- Ausrichtung der **Wirtschaftsförderpolitik** des Landes auf die jeweils spezifischen Interessen der mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und der Industrie sowie des Dienstleistungssektors.
- Konzentration der Wirtschaftsförderpolitik auf solche Programme, die beim **Aufbau von Strukturen** helfen oder einen An Schub geben, jedoch nicht auf Dauer angelegt sind.
- Professionelle Beratung und zielgerichtete Förderung der hessischen Wirtschaft, ansiedlungswilliger Unternehmen sowie von Existenzgründern durch die **Hessen-Agentur** als Grundpfeiler der Landeswirtschaftsförderung.
- **Reduzierung regulierender Vorschriften** für Mittelstand und Handwerk sowie Prüfung einer **Bundesratsinitiative**, um den durch die Gesetzgebung des Bundes verursachten **Erhebungs- und Kontrollaufwand** insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen weiter zu reduzieren.
- Einhaltung tariflicher Standards (Tariftreue) bei der **Vergabe** öffentlicher Aufträge und Ablehnung vergabefremder Kriterien.
- Abbau von Hindernissen für die Beteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen und Beibehaltung der **Vergabefreigrenze** von 100.000 Euro je Gewerk bei freihändiger Vergabe bzw. von 1 Million Euro bei beschränkter Ausschreibung.

- Ausbau der hessischen **Außenwirtschaftsförderung** durch Stärkung der „Hessen Trade & Invest GmbH“ mit dem Ziel, den Außenhandel auszuweiten, ausländische Investitionen in Hessen zu forcieren sowie zur Unterstützung hessischer Unternehmen im Ausland.
- Aufbau eines **Venture-Capital-Fonds** zur Förderung von Start-Up-Unternehmen in der Wachstumsphase unter Einbeziehung der Wi-Bank.
- Gezielte Unterstützung von **Unternehmensneugründungen** durch eine Fortführung der bisherigen Gründungsförderung insbesondere bei innovationsorientierten Unternehmen („GuW-Gründung“ und „GuW-Wachstum“).
- Landesweite Offensive zur Förderung der **Unternehmensnachfolge**.
- Schaffung einer hessenweiten **Börse für Unternehmer**, die einen Nachfolger suchen bzw. für Unternehmensgründer, die ein Unternehmen übernehmen wollen.
- Stärkung und Förderung der **strategischen Landesbeteiligungen** (z.B. Messe Frankfurt, Fraport AG, Hella, Nassauische Heimstätte).
- Stärkung des **Messeplatzes** Frankfurt sowie Unterstützung der weiteren hessischen Messestandorte sowie von Regionalausstellungen der mittelständischen Wirtschaft.
- Durchführung einer **Innovations- und Zukunftsmesse** in Zusammenarbeit mit der Messe Frankfurt.
- Entwicklung, Förderung und Unterstützung von neuen, insbesondere interkommunal ausgerichteten **Gewerbe- und Industrieparks** und Bündelung diesbezüglicher Förderungen auf nationaler und europäischer Ebene.
- **Verhinderung von Sondersteuern** und –abgaben, wie zum Beispiel für den Abbau von Sand, Kies oder den sogenannten „Wassercent“, die Bürger und Wirtschaft weiter belasten.
- Sicherung des Fachkräftebedarfs auf Grundlage des Berichts der **„Fachkräftekommission Hessen“** durch Umsetzung des dort vereinbarten Maßnahmenpaketes.
- Fortführung des **Innovationspreises Hessen** für erprobte Modelle zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.
- Stärkung des **dualen Ausbildungssystems** und Optimierung des Übergangs von Schule und Beruf. Unter anderem wollen wir die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Übergangssystemen bis 2020 halbieren.
- Nachqualifizierung von Personen, die bislang keine Schul- oder Berufsausbildung haben und **Förderung** von Projekten zur Qualifizierung junger Menschen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung.
- Reduzierung der **Ausbildungsabbrüche** durch frühzeitige und verbesserte Berufsorientierung.
- Verbesserung der **Rahmenbedingungen** für klein- und mittelständische Unternehmen, die ausbilden wollen und können.
- Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Kammern, den Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen zur Fortführung der **Ausbildungsprogramme** des Landes Hessen.
- Fortsetzung der Unterstützung **überbetrieblicher Berufsbildungsstätten**, überbetrieblicher Lehrgänge und Weiterbildung insbesondere der Programme zur Erstausbildung.

- Ausbau des **dualen Studiums** an hessischen Fachhochschulen und Berufsakademien, um die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken.
- Kategorische Ablehnung der Pläne der EU-Kommission, die Zuständigkeit in der **Berufsausbildung** den Mitgliedstaaten zu entziehen.
- Stärkung Hessens als „**Apotheke Deutschlands**“ durch Fortsetzung der **Initiative Gesundheitsindustrie Hessen**, um gemeinsam mit Unternehmen der Gesundheitsindustrie, der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) sowie Vertretern aus Wissenschaft und Forschung die Gesundheitsindustrie in Hessen zu stärken.

Ideen und Ziele für sichere Arbeitsplätze:

- Achtung der **Freiheit der Tarifpartner** bei der Lohnpolitik.
- Konsequente **Fortführung** der von CDU-geführten Bundesregierungen geschaffenen gesetzlichen Grundlagen für Lohnuntergrenzen (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und Arbeitnehmer-Entsendegesetz) und Unterstützung von branchen- und regionenspezifischen **Lohnuntergrenzen** in den Bereichen, in denen keine Tarifverträge gelten, zur Bekämpfung von Lohndumping.
- Ablehnung eines politisch motivierten, flächendeckenden, bundesweit undifferenzierten, gesetzlichen **Mindestlohns**.
- Beibehaltung der **450-Euro-Jobs**.
- Bündnis von Politik, Tarifparteien und Arbeitsagenturen zur Bekämpfung des **Missbrauchs bei Zeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen und Werkverträgen sowie bei Praktika**; Berufsanfänger sollten zukünftig spätestens nach zwei Jahren Sicherheit für ihre persönliche Lebensplanung haben.
- **Optimierung des Mitarbeiter-Kapitalbeteiligungs-Gesetzes**. Die Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital der Wirtschaft stärkt die Identifikation mit dem Unternehmen, fördert sozialpartnerschaftliches Miteinander und eröffnet den Beschäftigten eine neue Einkommensquelle.
- Förderung, Ausbau und Weiterentwicklung von Arbeitsmarkt-, Aus- und **Fortbildungsprogrammen**, insbesondere für Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte, Alleinerziehende und ältere Arbeitslose.
- Unterstützung der vorbildlichen Programme der hessischen **Optionskommunen** zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt.
- Kampf gegen **Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit** und **Sozialversicherungsbetrug**, um die Wettbewerbsfähigkeit von Handwerk und Wirtschaft zu erhalten und soziale Ungerechtigkeit zu vermeiden.

6. INTERNATIONAL UND WELTOFFEN

Als Land in der Mitte Europas, als Standort zahlreicher international bedeutsamer Unternehmen und Konzernzentralen, als Herz des europäischen Finanz- und Bankensystems und als zentraler Verkehrsknotenpunkt ist Hessen die internationalste und weltoffenste Region in Deutschland. Frankfurt und Hessen stehen für die Stabilität unserer Währung und sind ein starkes Glied im Europa der Regionen. Nicht Einheitlichkeit und Zentralismus, sondern Vielfalt und regionale Besonderheiten zeichnen Europa aus. Ein geeintes Europa ist die Grundlage für Frieden und Freiheit auf dem europäischen Kontinent. Nicht zuletzt deshalb bekennen wir uns zur Europäischen Einheit.

Die CDU hat in Hessen beispielsweise die Zusammenarbeit mit Partnerregionen ausgeweitet, für Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank und der wichtigsten europäischen Aufsichtssysteme im Finanzbereich erfolgreich gekämpft. Mit Kompetenz und Engagement haben wir die Interessen Hessens in der EU erfolgreich vertreten und dazu auch unsere Vertretung in Europas Hauptstadt Brüssel gestärkt.

Wir werden dafür sorgen, dass Hessen in der EU und in Deutschland für eine starke und stabile Währung eintritt. Bei aller Solidarität für andere europäische Staaten und dem Willen zum Erhalt unserer gemeinsamen Währung, lehnen wir eine großangelegte, bedingungslose Transferunion in Europa ab. Zugleich sind wir überzeugt davon, dass Europa gelingt, wenn die kulturelle Vielfalt, die Einzigartigkeit regionaler Traditionen, Sprachen und Spezialitäten nicht nur Bestand haben und gepflegt werden, sondern als unverzichtbares Element der europäischen Idee gestärkt und gefördert werden.

Ideen und Ziele für die Internationalität Hessens:

- Ausbau und Steigerung der **Attraktivität** für die Ansiedlung weiterer internationaler Unternehmen und ihrer Europazentralen in Hessen, die hier Arbeitsplätze schaffen und in Forschung, Technologie und Innovation investieren.
- Stärkung und Ausbau des **Konsularstandortes** Hessen, der schon heute einer der größten in Deutschland ist, um direkte Ansprechpartner für die hier ansässigen Ausländer, Mitbürger und Gäste zu bieten.
- Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte bei Bau und Ausbau des Europahauptquartiers in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem größten US-Generalkonsulat außerhalb der **Vereinigten Staaten**.
- Pflege, Ausbau und Vertiefung der bestehenden **Partnerschaften** mit Emilia-Romagna (Italien), Wielkopolska (Polen), Aquitaine (Frankreich), Bursa (Türkei), Wisconsin (USA) und Jaroslavl (Russland) sowie der Wirtschaftskooperationen des Landes in der ganzen Welt.

Ideen und Ziele für Europa:

- **Stabilisierung** eines nachhaltigen Wachstums in Europa durch solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung, Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen.
- Fortsetzung der **Europastrategie der Landesregierung**, die sich in einem ständigen Prozess mit den Vorhaben auf europäischer Ebene befasst, um insbesondere frühzeitig Meinungsbildungsprozesse in der Europäischen Union aus hessischer Sicht beeinflussen zu können.
- **Durchsetzung hessischer Interessen** in europäischen Angelegenheiten gegenüber Kommission, Europaparlament und Europäischem Rat (z.B. beim Forschungsrahmenprogramm, Finanzrahmen, EU-Förderprogrammen etc.).
- Kontrolle der Einhaltung des **Subsidiaritätsprinzips** und der damit verbundenen Kompetenzgliederung von unten nach oben.
- **Einsatz für Bürgernähe**, verständliche Regelungen und Abbau unnötiger Bürokratie, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen Europas zu steigern.

- Fortführung der Positionierung gegen die Pläne, die Wettbewerbsbedingungen auf europäischen Flughäfen drastisch zu verschärfen (**Bodenverkehrsdienste**).
- Vereinfachung der Gewährung von **europäischen Fördermitteln** für kleine und mittelständische Unternehmen.
- Nachdrücklicher Einsatz für die Gleichbehandlung der **deutschen Sprache** gegenüber dem Englischen und Französischen innerhalb der Institutionen der EU.
- Bekenntnis zum **Mehr-Regionen-Haus** in Brüssel, in dem neben der hessischen Landesvertretung auch die hessischen Regionalpartnerschaften sowie heimische Partner mit eigenen Räumlichkeiten vertreten sind.
- Weitere Stärkung der **Landesvertretung Brüssel als Anlaufpunkt** für Bürger, investitionsbereite Unternehmer sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Unterstützung einer Servicestruktur, die Interessierten bei der Beantragung europäischer Fördermittel mit Rat und Tat zur Seite steht.
- Förderung des **europäischen Schüleraustausches** sowie Unterstützung eines **europäischen Lehreraustausches**.
- Benennung von **100 „Jugend-Botschaftern“**, die an Schulen und Hochschulen für die europäische Idee werben.
- Unterstützung von bestehenden und neuen **Hochschulpartnerschaften** in Europa und der ganzen Welt, die Exzellenz über Landes- und Kontinentalgrenzen hinweg bündelt.

Ideen und Ziele für die europäische Finanzarchitektur und den Finanzplatz Frankfurt:

- **Ablehnung der Vergemeinschaftung von Schulden** einzelner europäischer Staaten.
- **Verhinderung der Einführung von Eurobonds**, einer gemeinsamen Haftung für Altschulden in einem Schuldentilgungsfonds und einer Banklizenz für den ESM.
- Sicherung der **Einlagen** von Sparern und der Einlagen der Altersvorsorge.
- **Ablehnung einer vergemeinschafteten Einlagensicherung** für notleidende Banken im Ausland. Rücklagen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken zur Sicherung von Guthaben heimischer Sparer und Anleger dürfen nicht angetastet werden.
- Erhalt des **Drei-Säulen-Modells** im Bankensystem und damit Erhalt der Sparkassen als regionale Finanzinstitute mit deren in Europa einzigartigem Einlagensicherungssystem.
- Stärkung der Marktposition der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale **Helaba**, die als eine der wenigen deutschen Landesbanken gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen ist und sich zu einer der führenden deutschen Landesbanken entwickelt hat.
- Beibehaltung und **konsequente Nutzung der europäischen Verträge** (ESM, Fiskalpakt, Bankenunion und Eurogruppe) als sinnvolles Instrument der Krisenbewältigung.
- Gewährleistung der **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank** sowie Sicherstellung der **Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht** beim Ausbau der EU-Bankenaufsicht am Finanzplatz Frankfurt.

- Stärkung und Weiterentwicklung von Frankfurt als größten kontinentalen **Finanzplatz** in Europa. Über 70.000 Menschen arbeiten in international tätigen Unternehmen, einer Börse von weltweiter Bedeutung und rund 300 Banken, davon mehr als die Hälfte Auslandsbanken.
- Verhinderung einer auf Deutschland oder einzelne EU-Staaten beschränkten **Finanztransaktionssteuer**, die zur Schwächung des Finanzplatzes Frankfurt führt.
- Verbesserung des **rechtlichen Regelwerks für den Finanzmarkt** und die Finanzmarktteilnehmer, die Aufsicht und **Regulierung der Ratingagenturen**, der Zulassungskriterien für Fondsmanager sowie für den Handel mit Derivaten, um künftigen Krisen vorzubeugen.

7. IN HESSEN WOHLFÜHLEN

Hessen ist ein traditionsreiches Land mit einzigartiger Landschaft und Natur und einem reichen kulturellen Leben. Die Anziehungskraft Hessens liegt darin, dass sich starke Metropolen und ländliche Räume gegenseitig ergänzen und eine Vielfalt aus Modernität und Bodenständigkeit, kulturellen Spitzenleistungen von Weltrang und unberührter Natur bieten. Hier lebt man gerne. Hier kommt man gerne hin. Hier macht man gerne Urlaub.

Die CDU hat in Hessen beispielsweise die hessischen Kulturgüter und Welterbestätten massiv modernisiert. Mit Wald- und Naturschutzgesetzen haben wir die naturnahen Lebensräume gestärkt, zahlreiche Initiativen fördern das Leben auf dem Land und geben dort Impulse für den Tourismus.

Wir wollen, dass die Menschen auch weiterhin gerne hier leben und dass die Mieten bezahlbar bleiben, dass die Infrastruktur insbesondere auf dem Land weiterhin zur Verfügung steht und dass die hessische Kultur auch in Zukunft weit über das Land hinaus ihre Strahlkraft behält.

Ideen und Ziele für die Kultur:

- Erhalt und Zukunftssicherung der hessischen **Theater- und Opernlandschaft** sowie der **Landesmuseen, Landesbibliotheken** und **Archive**.
- Fortsetzung und Abschluss der mehrere hundert Millionen Euro umfassenden Investitionen in die **Museumslandschaft Kassel** im Rahmen des auf dem Kontinent einmaligen Museumsprojektes.
- Stärkung herausragender **Kulturmarken**, z.B. der documenta in Kassel oder des KulturfondsRheinMain.
- Förderung der nationalen Wertschätzung Hessens im Jahr der **Grimm- und Büchner Jubiläen** als bedeutender Standort der Literatur und der literarischen Szene in Deutschland.
- Förderung und Weiterentwicklung des unverzichtbaren **ehrenamtlichen kulturellen Engagements** in Chören, Musikvereinen, Theatergruppen und anderen Initiativen.
- **Vernetzung** der hessischen Museen mit Archiven, Bibliotheken und Hochschulen auf digitaler Basis, um Sammlungen der Forschung besser zugänglich zu machen und kulturelle und wissenschaftliche Diskurse zu intensivieren.
- Förderung der Vernetzung von **Verbänden** zwischen privaten und öffentlichen Museen, um flächendeckend den Menschen den Besuch von Sammlungen zu ermöglichen und kostengünstiger Ausstellungen organisieren zu können.
- Erhöhung des Verständnisses von Kunst und Kultur bei **Kindern und Jugendlichen** durch die Möglichkeit zur „Ausbildung zum Kunstbotschafter“, um Gleichaltrige für kulturelle Angebote zu begeistern.
- Förderung von Initiativen zur frühzeitigen kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen sowie Bekenntnis zur **Interkulturalität**, um die Vielfalt von Kulturangeboten als Bereicherung zu erkennen.
- Weiterentwicklung und Ausbau der **Theaterakademie** an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, die in Deutschland einzigartig ist; das Land wird dieses Netzwerk aller Theater im Rhein-Main-Neckar-Raum weiterentwickeln, um die Schaffung eines internationalen Anziehungspunktes für Nachwuchsschauspieler im Rhein-Main-Neckar-Gebiets zu fördern.
- Weiterentwicklung und Übertragung bereits bestehender Initiativen der **kulturellen Bildung**, wie in der Theater- und Museumspädagogik, in und für andere Bereiche des kulturellen Lebens.
- Schaffung und Förderung von „**kulturellen Räumen**“ in Hessen; Kultur benötigt Raum, um sich zu entfalten, sei es für bildende Künstler, die Ateliers suchen oder sei es für jugendliche Gruppen, die Übungsräume für Musik suchen.

- Stärkung des Landes Hessen als bedeutsamer Standort der **Film- und Medienbranche** durch Fortentwicklung des Hessischen Filmpreises und die Weiterentwicklung der zahlreichen hessischen Filmfestivals, sowie Schaffung einer eigenständigen **Filmförder-GmbH**.
- Nutzung und Vernetzung der Bereiche **Kreativwirtschaft und Design**.

Ideen und Ziele für das Leben auf dem Land:

- Sicherung der **Zukunftsperspektiven** für Wohnen, Leben und Arbeiten auf dem Land als Heimat der dort verwurzelten Menschen.
- Erhalt der wichtigen Bereiche der **Daseinsvorsorge** (Verkehr, Nahverkehr, ärztliche Versorgung, Grundversorgung, schnelles Internet) durch vielfältige Initiativen, ergänzende staatliche Förderung und bürgerschaftliches Engagement.
- Unterstützung genossenschaftlicher Zusammenschlüsse zur Aufrechterhaltung wichtiger **Infrastruktureinrichtungen** in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung Miteinander in Hessen (z.B. mobile Einkaufsmöglichkeiten, Bringdienste oder Dorfläden).
- Stärkung der **ländlichen Kreise, Städte und Gemeinden**, ihrer Finanzkraft sowie der interkommunalen Zusammenarbeit als Basis für ein attraktives Gemeinwesen.
- Einrichtung von **mobilen Bürgerbüros**, um eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung zu gewährleisten.
- Erhalt des **Zugangs zu Bildung** auf dem Land durch Stärkung und Weiterentwicklung der Verbundkonzepte im Kita- und Schulbereich.
- Unterstützung bei Gründung und Übernahme von **Landarztpraxen**.
- Start einer Kampagne **„Ab aufs Land“** in allen Universitätsstädten, um jungen Hessen nach ihrer Fachausbildung oder dem Studium die beruflichen Chancen und Perspektiven im ländlichen Raum Hessens zu verdeutlichen.
- Sicherung des **ärztlichen Bereitschaftsdienstes** nachts sowie an Sonn- und Feiertagen.
- Einrichtung von **Facharztprechstunden** (z.B. in kommunalen Gebäuden), um Erkrankten weite Fahrtwege zu ersparen.
- Aufbau und Unterstützung **mobiler Arzt- und Apothekendienste**, um die ärztliche und pharmazeutische Versorgung auf dem Land sicherzustellen.
- Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung im ländlichen Raum durch Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten, anderen Krankenhäusern und privaten Kliniken.
- Erweiterung und Förderung heimatnaher **Pflege- und Hospizeinrichtungen** sowie von Einrichtungen für Palliativmedizin, Psychiatrie und Geriatrie. Gleiches gilt für die stationäre und ambulante Versorgung im Bereich der Demenzerkrankungen und der ergänzenden stationären Versorgung in der palliativmedizinischen Versorgungsstruktur des Landes.
- Stärkung der gewachsenen Dorf-, Orts- und Stadtkerne und Beibehaltung der erfolgreichen **Dorferneuerungsprogramme** und Anerkennung der Einrichtungen der Altenbetreuung in Dörfern als Teil der Dorferneuerung.
- **Erleichterung der Sanierung** und in Einzelfällen auch des Abrisses denkmalgeschützter Gebäude in Ortskernen, um Leerständen in Dörfern entgegenzuwirken.

Ideen und Ziele für den Wohnungsbau:

- Fortsetzung einer Wohnungsbaupolitik zur **angemessenen Versorgung** mit bezahlbarem Wohnraum.
- Umsetzung des **Hessischen Wohnungsbauprogramms** zum Bau von 1.000 zusätzlichen Sozialwohnungen, zur Modernisierung von 2.000 Wohnungen, für Wohneigentum für zusätzlich 1.000 Familien, zur Schaffung von 2.000 Studierendenwohnungen, zur Identifizierung unerschlossener und bebaubarer Flächen im Ballungsraum sowie weiterer Maßnahmen.
- Einsatz für **stabile und faire Mietpreise**, d.h. unter anderem Reform der Mietspiegelberechnung von 1974 auf Bundesebene sowie Deckelung der Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal 15 Prozent in drei Jahren in Gebieten mit besonders hohem Wohnraumbedarf.
- Verbesserung der **rechtlichen Rahmenbedingungen** für Investitionen im Wohnungsbau (z. B. Umwandlung von Gewerberaum in Wohnraum).
- Vereinfachung des **Planungsrechtes** zur schnelleren Ausweisung von Wohnbauflächen.
- Konsequente Umsetzung des **Hessischen Wohnraumförderungsgesetzes**.
- Erhalt der Landesbeteiligung an der **Nassauischen Heimstätte** als bedeutsamer Einflussfaktor des Landes Hessen in der Wohnungspolitik.
- Förderung der Schaffung von **selbstgenutztem Wohneigentum**, auch zur Entlastung der Nachfrage nach Mietwohnungen.
- Fortsetzung und Stärkung der **Städtebauförderung**. Es sollen Anreize zur Interkommunalen Kooperation im Städtebau, beispielsweise durch Stadt-Umland-Kooperationen, geschaffen werden.
- Weiterentwicklung zu mehr **Subjektförderung**, um Fehlbelegungen und Ghattobildung zu vermeiden.
- Fortsetzung des Bund-Länder-Programms „**Soziale Stadt**“.
- Auslobung eines Wettbewerbs „**Tradition in der Großstadt**“ zwischen den hessischen Großstädten zur Stärkung der heimischen Identität mit Preisvergabe auf dem Hestentag.

Ideen und Ziele zum Schutz der Natur:

- Beibehaltung, Schutz und Förderung der Naturparks sowie des Anteils von Flächen, die unter besonderem **Naturschutz** stehen. Dabei bleibt auch zukünftig der erfolgreiche Vertragsnaturschutz Ziel unserer Politik. Der Erhalt der Schöpfung und der Schutz der Natur und Umwelt ist unser Grundanliegen in der Verantwortung für kommende Generationen.
- Umsetzung der **Biodiversitätsstrategie** zum Erhalt einer möglichst großen Artenvielfalt.
- Weiterentwicklung von bedeutenden **regionalen Naturschutzprojekten** wie dem Nationalpark Kellerwald-Edersee, dem Biosphärenreservat Rhön, dem Vogelsberg, dem Grünen Band Deutschland oder den Geoparks Odenwald-Bergstraße, Westerwald-Lahn-Taunus sowie Grenzwelten in Waldeck-Frankenberg.
- Förderung der **Umweltbildung** und des nachhaltigen Handelns bei Kindern und Jugendlichen, wobei dem Umweltbildungsangebot des Landesbetriebes Hessen Forst, der Jugendwaldheime und der Waldkindergärten eine hohe Bedeutung beizumessen ist.
- Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie** zum Erhalt und zur Schaffung natürlicher Lebensräume.

- Stärkung des **Hochwasserschutzes**.
- Begleitung und Unterstützung des Runden Tisches zur Verbesserung der **Grundwassersituation im Hessischen Ried** im Hinblick auf eine für alle Seiten tragfähige Lösung und auf die Mitwirkung an der Umsetzung des Ergebnisses.
- Fortsetzung des Runden Tisches Werra/Weser mit der Aufgabe, nachhaltige Lösungsvorschläge zur Verbesserung der **Wasserqualität in Werra und Weser** zu erarbeiten.
- Ablehnung der Förderung von Gasen aus tieferen Gesteinsschichten (sogenanntes **Fracking**) solange Gesundheits- und Umweltrisiken nicht ausgeschlossen werden können.

Ideen und Ziele für Landwirtschaft, Forsten und Weinbau:

- **Sicherung und Förderung** der Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Land- und Forstwirtschaft durch Verbesserung der Ressourceneffizienz, Innovation und Wertschöpfungstiefe.
- Anerkennung der **gesellschaftlichen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft** für Umwelt-, Natur- und Artenschutz sowie für den Erhalt der Kulturlandschaft.
- **Stärkung der hessischen Landwirtschaft** im Rahmen der Reform der europäischen Agrarförderung (GAP), Sicherung der Finanzausstattung, Erhalt des 2-Säulen-Modells, Beibehaltung der Ausgleichszulage, Bürokratieabbau.
- Zusammenarbeit mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand zur Einhaltung und Weiterentwicklung **tierschutzgerechter Haltung** und Praktiken.
- Beibehaltung und Weiterentwicklung der **einzelbetrieblichen Investitionsförderung** und der partnerschaftlichen Aus- und Weiterbildungsstrukturen unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und des Tierwohls.
- **Fortführung** der Reduzierung des Flächenverbrauchs auf maximal 2,5 Hektar täglich auf Grundlage des Beschlusses der Nachhaltigkeitskonferenz.
- Intensivere Ausrichtung von **Förderprogrammen zur Stärkung des ländlichen Raums**.
- Stärkung von **Direktvermarktung** und **regionalen Wertschöpfungsketten**.
- **Verstärkung** des Programms „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.
- Unterstützung des **Steillagenweinbaus** und Sicherung des Fortbestandes der Pflanzrechtregelung.
- Stärkung und Sicherung von **Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen** der hessischen Weinbaubetriebe im globalisierten Wettbewerb.
- Unterstützung der Umsetzung des **Terroir-Konzepts**, das Besonderheiten einzelner Weinbaugebiete und Weinberglagen festschreibt, um die Vermarktung standorttypischer Weine zu verbessern.
- Initiative zur Reaktivierung von **Weinbergbrachen**.

Ideen und Ziele für Jagd und Fischerei:

- Stärkung des Ökosystems Wald als Natur-, Erholungs- und Wirtschaftsraum in enger Kooperation mit Hessenforst sowie den kommunalen und privaten Waldbesitzern. Beibehaltung des **fairen Interessenausgleichs zwischen Wald und Wild**.
- Stärkung des Jagd- und Fischereiwesens in Hessen als bedeutender Teil der **Landeskultur**.
- Fortführung des bewährten Reviersystems und Unterstützung des **Jagd- und Fischereiwesens** in Hessen als bedeutsamer Bestandteil der Naturschutzarbeit.
- Bekenntnis zum **hessischen Jagdrecht**, das zu den modernsten und anwenderfreundlichsten in Deutschland zählt.
- Förderung der hessischen **Fischfauna** und der Biodiversität durch die Wiederansiedlung ehemaliger Arten (z. B. den Maifisch).
- Berücksichtigung der **Belange hessischer Fischerinnen und Fischer** beim Interessenausgleich mit Energieerzeugung und Gewässertourismus.

Ideen und Ziele für den Tourismus:

- **Stärkung** des Profils, des Marketing und der Präsentation des Reiselandes und Touristikstandortes Hessen gemeinsam mit den Städten und Regionen.
- **Vernetzung** von Tourismusangeboten von Stadt und Land.
- Ausbau der **touristischen Infrastruktur**, um die gut 200.000 Vollzeit Arbeitsplätze in diesem Sektor hessenweit zu sichern und weiter auszubauen.
- Förderung und Stärkung des **sanften Tourismus** in Hessen, u.a. durch Unterstützung von Betrieben, die Urlaub auf dem Bauernhof/ auf dem Lande anbieten.
- Maßnahmenpaket zur Stärkung des **Radtourismus**.

8. GESUND DURCHS LEBEN

Gesundheit und Verbraucherschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Die Menschen wollen eine hochqualifizierte medizinische, stationäre wie ambulante Versorgung, legen aber auch immer größeren Wert auf gesunde Lebensmittel und Ernährung sowie eine bewusste Lebensführung. Dabei werden die Anforderungen an jeden Einzelnen in einer zunehmend komplexer werdenden Welt immer größer.

Die CDU hat in Hessen beispielsweise das Krankenhauswesen modernisiert, den Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung auf den Weg gebracht und ein Rettungsdienstgesetz beschlossen, das für das Eintreffen der Hilfskräfte eine Rettungsfrist von zehn Minuten vorsieht. Bundesweit hat Hessen neue Impulse für den Verbraucherschutz angestoßen.

Wir wollen die Gesundheitsversorgung ohne staatliche Gängelung sichern, den Verbraucherschutz an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten und neue Initiativen angehen, um die Lebensqualität der Menschen in Hessen weiter zu stärken.

Ideen und Ziele für die Gesundheit:

- Umsetzung des „**Hessischen Paktes zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung**“ mit dem Ziel einer wohnortnahen medizinischen Versorgung in ganz Hessen.
- Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts für den Erhalt öffentlicher Klinikträger und die Errichtung eines **Verbundes von Krankenhäusern** öffentlicher Träger unter strategischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Aspekten.
- Umsetzung des Konzeptes zur langfristigen Sicherstellung der medizinischen Versorgung durch **kommunale Kliniken vor Ort**.
- Anreiz für Medizinstudenten, nach ihrem Abschluss für bestimmte Zeiträume als **Landarzt** zu arbeiten, zum Beispiel durch einen Notenbonus, ein Promotionsstipendium oder eine finanzielle Unterstützung wie ein zinsverbilligtes Darlehen bei der Gründung einer Landarztpraxis.
- Einführung von „**Landpraktika**“ im Medizinstudium, um Interesse an dem Berufsbild des Landarztes zu wecken.
- Entwicklung eines landesweiten Konzeptes zur Sicherstellung des **ärztlichen Bereitschaftsdienstes** nachts und an Wochenenden in erreichbarer Nähe.
- Weiterentwicklung von Konzepten zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land, wie zum Beispiel durch mobiles medizinisches Fachpersonal („**rollende Arztpraxis**“, „**Apothekerbus**“) und den Ausbau medizinischer Versorgungszentren.
- Koordinierung und Abstimmung von ärztlichem Bereitschaftsdienst und **Apothekennotdienst**, um belastende, weite Fahrten für Patienten und Angehörige zu vermeiden oder zu minimieren.
- Verbesserung der **Behandlungssicherheit** und -schnelligkeit insbesondere für Notfälle auf dem Land.
- Ausbau von Angeboten der **Kurzzeitpflege**, um bedürftigen Menschen auch kurzfristig und in Notsituationen zu helfen.
- Förderung und Ausbau der **geriatrischen Medizin**, um mit Hilfe angemessener medizinischer Konzepte den Krankheitsbildern älterer Menschen gerecht zu werden; menschengerechte Medizin muss eine altersgerechte Medizin sein.

- Einrichtung eines **Stiftungslehrstuhls für Geriatrie** und die Verankerung eines verpflichtenden Ausbildungsmoduls „Geriatrie“ in der medizinischen und pflegerischen Ausbildung.
- Einrichtung eines **Stiftungs-Lehrstuhls für Palliativmedizin**; schwer erkrankte Menschen haben ein Recht auf bestmögliche medizinische Versorgung, möglichst weitgehende Schmerzfreiheit sowie auf eine menschenwürdige Begleitung und Umgebung.
- Weiterentwicklung der „**Notfallknöpfe**“, um eine schnelle Erreichbarkeit der ärztlichen Notdienste sicherzustellen.
- Weiterentwicklung der **elektronischen Gesundheitskarte**, um die aktuellen Patienten- und Gesundheitsdaten für eine optimale medizinische Betreuung im In- und Ausland jederzeit zur Verfügung zu stellen.
- Förderung der **Telemedizin**, die es chronisch kranken, älteren und immobilen Menschen ermöglicht, dass eine regelmäßige Diagnostik in den eigenen vier Wänden mittels sicherer Datenübermittlung patientenfreundlich durchgeführt werden kann.
- Ausbau und Weiterentwicklung **gesundheitspräventiver Maßnahmen** und präventiver Konzepte, zu denen auch die Förderung sportlicher und betriebssportlicher Aktivitäten zählen.
- Förderung der **Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz** und von Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern.
- **Intensivierung** der Zusammenarbeit von Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkassen.

Ideen und Ziele für den Verbraucherschutz:

- Stärkung des „Drei-Säulen-Modells“ von Verbraucherinformation und Verbraucherberatung, Qualitätsmanagement bei Produkten und Verarbeitung von Lebensmitteln sowie behördlichem Verbraucherschutz.
- Verbindliche und verlässliche **Ausweisung von Lebensmittelinhalten** und **Kontrolle** dieser Kennzeichnungen.
- Schaffung klarerer **Transparenzregeln** betreffend Herkunft und Preis auf nationaler und europäischer Ebene; dies gilt auch für verpackte oder weiterverarbeitete Lebensmittel, insbesondere bei Weiterverarbeitung im Ausland.
- **Kennzeichnungspflicht** für Allergene und klare Regelungen für laktose- und glutenfreie Produkte.
- **Initiative zu einer europaweiten Vereinheitlichung von Lebensmittel-Bio-Gütesiegeln.**
- Stärkung und Erhalt regionaler und saisonaler Produkte mit geprüfter Qualität mit der Marketinggesellschaft „**Gutes aus Hessen**“ als leistungsstarkem Partner.
- Stärkung der Vermarktung von **Lebensmitteln** aus den Regionen sowie Stärkung regionaler Produkte durch Markenschutz.
- Aufrechterhaltung der dualen Struktur in der **flächendeckenden Verbraucherberatung** und Unterstützung der Verbraucherzentrale Hessen und des DHB (Berufsverband der Haushaltsführenden) - Netzwerk Haushalt.
- Ausbau des Informationsangebotes **www.verbraucherfenster.de** mit täglich aktuellen Meldungen und Hintergründen zu Verbraucherthemen.

- Förderung des **gesundheitlichen Verbraucherschutzes** und insbesondere neuer Initiativen bei Pharmaunternehmen zur verständlicheren Lesbarkeit von Beipackzetteln.
- Ausbau der **Task-Force Lebensmittelsicherheit** als Kriseninterventionsstelle zur Bündelung komplexer Aufgabenstellungen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.
- Festlegung einer hessischen **Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Lebensmittelrecht**.
- Förderung der **Alltagskompetenz** als gesellschaftliche Herausforderung mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Kreditgeschäften, Lebensmitteln, Internet, Altersvorsorge, Versicherungen und Arbeitsverträgen zu sensibilisieren. Dies soll bereits in der Schule beginnen.
- Initiative für ein landesweites Handlungskonzept „**Gesunde Ernährung**“, um Kinder und Jugendliche bereits im Kindergartenalter für gesunde Ernährung sowie die Vorzüge regionaler und saisonaler Lebensmittel zu sensibilisieren.
- Fortführung des Programms zur Stärkung und **Erweiterung der Medienkompetenz**.

9. DAMIT ES LÄUFT

Sichere und bezahlbare Energie, moderne Verkehrswege und der Anschluss an die Datennetze der Zukunft sind tragende Pfeiler, die unseren Wohlstand jetzt und auch in Zukunft sichern. Bürger und hier angesiedelte Unternehmen brauchen eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung ebenso wie gut erreichbare Arbeitsplätze und schnelle Internetverbindungen.

Die CDU hat in Hessen beispielsweise durch den bundesweit einmaligen Energiegipfel einen Konsens zur künftigen Energieversorgung erzielt, den Ausbau des Frankfurter Flughafens als größte Investition ohne staatliche Mittel im Zeitplan realisiert, ein europaweit einmaliges Maßnahmenpaket für den Lärmschutz aufgelegt, mit dem Flughafen in Kassel-Calden Nordhessen eine zusätzliche Perspektive gegeben und landesweit die Grundversorgung mit Breitband-Anschlüssen nahezu sichergestellt.

Damit die Menschen und Betriebe hier die besten infrastrukturellen Voraussetzungen zum Leben und Arbeiten auch in Zukunft vorfinden, werden wir die Umstellung auf erneuerbare Energie mit Augenmaß und im Interesse der Bürger umsetzen, die Mobilität auf Straßen, Schiene, Wasser und in der Luft auf modernstem Stand halten und die Internetverbindungen rund um den größten Internet-Knoten Europas in Frankfurt weiter ausbauen.

Ideen und Ziele für die Energieversorgung:

- Umsetzung der Ziele des **Hessischen Energiegipfels** und einer 100-prozentigen Versorgung mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien bis 2050.
- Umbau der Energieversorgung mit dem Ziel einer **sicheren, sauberen, bezahlbaren und gesellschaftlich akzeptierten Versorgung** für alle hessischen Bürgerinnen und Bürger sowie der in Hessen angesiedelten Unternehmen.
- Grundlegende **Überarbeitung des Gesetzes über die erneuerbaren Energien (EEG)** mit dem Ziel, die Förderung erneuerbarer Energien marktwirtschaftlich auszugestalten und die Grundversorgung bezahlbar, lückenlos und in einem abgestimmten System sicherzustellen.
- Überprüfung des Fortschritts der Energiewende durch Vorlage eines **jährlichen Energie- und Klimaschutzberichtes**.
- Ausbau der **Windkraft** ausschließlich an hierfür geeigneten Standorten mit möglichst geringen Auswirkungen auf die natürliche Umgebung und nach den Vorgaben der Landesplanung.
- Konsequente **Berücksichtigung und Abwägung von Bürgerinteressen und Aspekten des Kultur- und Landschaftsschutzes** bei der Errichtung von Windkraftanlagen.
- **Einbindung der Bürger** bei der Einrichtung von erneuerbaren Energieanlagen (z.B. Bürgersolaranlagen, Windparks) z.B. durch genossenschaftliche Beteiligungsmodelle, um die Akzeptanz solcher Projekte vor Ort zu erhöhen.
- Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien mit möglichst geringem **Flächenverbrauch** wie zum Beispiel dem Ausbau von großflächigen Solaranlagen auf bereits versiegelten Flächen und Repowering bereits vorhandener Anlagen.
- **Anreize zum Ausbau** von Solarenergie, oberflächennahe Geothermie und Kraft-Wärmekoppelung in privaten Wohnungen und bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.
- Effiziente Nutzung der Potentiale der **Biomasse zur Energiegewinnung**, zum Beispiel durch den Anbau verschiedener energiereicher Pflanzen und die Nutzung von organischen Abfällen.
- Weitere Förderung der Erforschung und praktischen Anwendung der **Energiegewinnung durch Tiefengeothermie**, sofern der Schutz der Umwelt gewährleistet ist.

- **Ausbau der Stromnetze** in einem mit dem Bund und den anderen Ländern abgestimmten Vorgehen und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.
- Weiterentwicklung intelligenter Stromnetze, so genannter „**smart grids**“, um die Energieversorgung von der Stromgewinnung bis zur Stromnutzung im Haushalt so effizient und kostengünstig wie möglich auszugestalten.
- **Rückbau des Kernkraftwerks Biblis** unter Wahrung höchster Sicherheitsmaßstäbe.
- Schaffung zusätzlicher **Informations- und Verbraucherschutzmaßnahmen** zu Möglichkeiten des Tarifwechsels.
- Initiative „**Mehr Flexibilität beim Strompreis**“, um die Anbieter und Energieversorger zu gewinnen, ihre Tarife auf die unterschiedlichen Anforderungen der Nutzer auszurichten (z.B. Tages- und Nachttarife, Generationen- und Familientarife, Existenzgründertarife).
- Fortentwicklung der **Energieberatung** für alle hessischen Haushalte und Unternehmen, durch die schnell und wirksam wirtschaftliche Maßnahmen identifiziert und umgesetzt werden können.
- Offensive Werbung für das **Energiesparen in Privathaushalten** und bei Unternehmen, um die Kosten für Strom und Heizung zu reduzieren.
- Fortsetzung des **Aktionsprogramms zur Energieeinsparung** bei Liegenschaften des Landes sowie zur Schaffung von mehr Energieeffizienz.
- Stärkung der Vorbildfunktion des Landes bei der Einhaltung der höchsten Standards bei Neubauten, Sanierungen oder Beschaffungen mit dem Ziel der **CO2-neutralen Landesverwaltung**.
- Beratung und **Stärkung energieeffizienter Unternehmen** und Aufruf zu mehr Energieeffizienz in Unternehmen.
- Fortführung des **Förderprogramms zum Austausch von Heizungspumpen** zur Steigerung der Energieeffizienz.
- Unterstützung der Bildung von **lokalen Energieagenturen**, um das Prinzip der Freiwilligkeit beim Energiesparen auch flächendeckend bei Kreisen, Städten und Gemeinden zu verankern und das Erarbeiten von Energiekonzepten zu unterstützen.
- Förderung der **Forschung** zu Erzeugung, Transport, Speicherung von Energie und Verbesserung der Integration erneuerbarer Energieträger in das Energieversorgungssystem als Grundlage für künftige Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie.
- **Ansiedlung neuer Forschungsinstitute** und innovativer Unternehmen der Umwelt- und Energietechnik.
- Nutzung überschüssigen Stroms zur Herstellung von **Basis-Chemikalien** wie Methan, Wasserstoff und Methanol, um diese bei Bedarf als Energiespeicher oder als chemischen Grundstoff nutzen zu können.
- Unterstützung und Förderung „**Ökologischer Innovationen**“ in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, um ressourcenschonende Geräte zu entwickeln, die so weit wie möglich ökologisch verträglich sind.

Ideen und Ziele für Verkehr und Lärmschutz:

Investitionen in moderne Verkehrswege und Lärmschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Die Sicherung der hessischen Wirtschaftskraft durch zukunftsfähige Mobilität und die berechtigten Interessen von Bürgerinnen und Bürgern müssen bei Infrastrukturmaßnahmen zu einem vernünftigen Ausgleich gebracht werden. Insbesondere beim Lärmschutz werden wir dazu neue Wege in Forschung und Anwendung beschreiten, denn es ist insgesamt unstrittig, dass es leiser werden muss.

Straßenbau

- Fortführung des historisch höchsten Niveaus beim Bau und **Ausbau von Landesstraßen** sowie bei Unterhaltungsmaßnahmen im dreistelligen Millionenbereich.
- Fortsetzung des Baus von **Ortsumgehungen** zur Entlastung der Anwohner.
- **Masterplan „Brücke 2020“**, um den Investitions- und Reparaturstau an Brückenbauwerken in Hessen auch unter Sicherheitsgesichtspunkten zwischen Bund, Land und Kommunen nach und nach abzubauen.
- Fertigstellung der **Bundesautobahnen** A 44 zwischen Kassel und Eisenach und Weiterbau der A 49 zwischen Kassel und Gießen sowie des Riederwaldtunnels in Frankfurt (A66 / A661).
- **Ausbau der Bundesstraßen** B 252 zwischen Marburg und Diemelstadt, der B 253 im Bereich der Sackpfeife sowie Ausbau der Ost-West-Achse von Frankenberg Richtung Kreuztal durch eine leistungsfähige Bundesfernstraße (508n) wegen der außergewöhnlich hohen Bedeutung zur Erschließung Waldeck-Frankenburgs und der hohen Belastung durch Frachtverkehr.
- Erschließung des **Raums nördlich von Kassel** durch die Aufnahme einer Verbindung von der Autobahnabfahrt Lutterberg der A 7 zur A 44 Abfahrt Breuna in die Bundesverkehrswegeplanung und –finanzierung.
- Unterstützung des Baus und der Fertigstellung der für den **Bundesverkehrswegeplan ab 2015** angemeldeten Verkehrsprojekte.
- **Einführung einer PKW- und LKW-Maut**, um Ungerechtigkeiten gegenüber Straßennutzern aus anderen EU-Staaten abzubauen; gleichzeitig Kompensation bei geeigneten Steuerarten; die Einnahmen daraus fließen ausschließlich in die Instandsetzung der Straßen.
- **Ablehnung eines generellen Tempolimits** auf Autobahnen in Hessen.
- Durchführung einer Studie zur Klärung der Frage, ob und inwieweit Tempolimits auf innerstädtischen Autobahnen zu mehr Schallschutz führen.
- Ablehnung von flächendeckendem **Tempo-30 in Ortslagen**.
- Fortführung des Erfolgsprojektes **„Staufreies Hessen“**, um Staus durch innovative, intelligente Lösungen zu verhindern (z.B. intelligente Verkehrslenkungssysteme, Stauforschung).
- Unterstützung von Konzepten, Modellen und Projekten zur Weiterentwicklung der Elektromobilität, insbesondere der Allianz für **Elektromobilität** in der Modellregion „Elektromobilität Rhein-Main“; dazu zählt die Erforschung von Konzepten für Nutzfahrzeuge im kommunalen Bereich (ÖPNV, Entsorgungsfahrzeuge, Dienstfahrzeuge).
- Initiative eines Projekts mit den hessischen Stromversorgern zur Einrichtung eines **flächendeckendes Netzes von Stromtankstellen** für Elektrofahrzeuge in Hessen sowie die Fortsetzung der **hessischen Wasserstoff- und Brennstoffinitiative**.

Schienerverkehr

- Förderung einer engeren **Zusammenarbeit der hessischen Verkehrsverbände**, um abgestimmte Konzepte für Preise, Zeiten, Infrastruktur und Service im Interesse der Bahnnutzer überall zu gewährleisten.
- Einsatz für den raschen Bau der ICE-Schnellfahrstrecke Frankfurt - Mannheim mit einem **ICE-Halt in Darmstadt**.
- Rasche Planung und viergleisiger Aus-/ Neubau der **ICE-Strecke Frankfurt - Hanau – Fulda**.
- Förderung des Vorhabens, durch die **Regionaltangente West** das dicht besiedelte Umland im Frankfurter Westen mit dem Flughafen zu verbinden sowie der direkten Anbindung der Main-Neckar-Bahn (Hbf Darmstadt) zum Flughafen Frankfurt.
- Unterstützung des weiteren Ausbaus der S-Bahn-Linie von Frankfurt West nach Friedberg sowie für den Neubau der **nordmainischen S-Bahnstrecke** Frankfurt-Hanau.
- Unterstützung für Initiativen zur Verbesserung des Nahverkehrs in den Regionen, wie die Bedienung der **Main-Weser-Bahn** im Takt.
- Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Land (Unterstützung und Förderung **innovativer Verkehrsmodelle** wie Mitfahr- und Carsharingzentralen sowie Park-and-Ride-Systeme, Ausbau differenzierter Bussysteme wie Anrufsammeltaxen, Bürger-, Nacht- und Regiobusse).
- Verbesserung örtlicher **Lärmschutzmaßnahmen** wie das bereits eingeführte Modell der lärmabhängigen Trassenpreise unter Einbeziehung bereits vorhandener leiser Wagen und die Anhebung der Vergütungen für leise Fahrten.
- Fortführung des **10-Punkte-Programms „Leises Rheintal“**.
- Prüfung bzw. Anmeldung einer **Alternativstrecke** für den Schienengüterverkehr im Mittelrheintal für den Bundesverkehrswegeplan 2015.
- Beschleunigung der **Umrüstung von Güterwaggons** auf die leiseren K- bzw. LL-Sohlen und Verbot von Graugussbremsen nach praktikablen Übergangsfristen.
- Forderung nach einer europaweiten Förderung der Umrüstung von Güterwagen auf leise **Bremssysteme** und Einsatzbeschränkungen für laute Wagen durch die EU.
- Fortsetzung der Gespräche mit der Bahn über maßgeschneiderte und individuelle Lösungsmöglichkeiten für die **Nutzung leerstehender Bahnhöfe, Bahnhofsgebäude sowie sonstiger Bahngrundstücke** in Hessen.

Luftverkehr

- Bekenntnis zum **Flughafen Frankfurt/Rhein Main** als größtem und bedeutendstem privaten Arbeitgeber des Landes und wichtigstem Wirtschaftsfaktor in Hessen bei gleichzeitiger Umsetzung aller fünf Punkte des Mediationsverfahrens.
- Bekenntnis zu der **rechtssicheren Erweiterung des Flughafens** (Terminal 3) und zur angestrebten Erschließung des neuen Terminals durch eine S-Bahn-Linie.
- Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm der **„Allianz für mehr Lärmschutz 2012“** mit den Zielen der Ausweitung lärmreduzierender An- und Abflugverfahren, der Ausweitung der bevorzugten (Start-Lande-) Bahnnutzung und Verbesserung des Bahnmanagement-Systems im Sinne eines aktiven Schallschutzes sowie der Optimierung der Flugverfahren insbesondere in den Tages- und Nachtrandstunden (05:00-06:00 Uhr und 22:00-23:00 Uhr).
- Verfolgung der **Bundratsinitiative zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes** im Sinne einer Verpflichtung zur stärkeren Berücksichtigung von Schallschutzkomponenten bei der Planung und Abwicklung des Flugverkehrs.
- Einrichtung einer Kommission zur **Reduzierung von Fluglärm** am Flughafen Frankfurt. Ziel ist es, vermeidbare Belastungen zu verhindern und unvermeidbare Belastungen zu beschränken, indem alle am Luftverkehr beteiligten Unternehmen und Behörden angehalten werden, den jeweils aktuellen Stand technischer Neuerungen und die Optimierungspotenziale von Flugrouten und -verfahren zeitnah zu nutzen. Der Kommission werden Vertreter der Wissenschaft, der Luftverkehrswirtschaft, der Bürgerinitiativen, der DFS, der Landesregierung und der Fraktionen des Hessischen Landtags angehören.
- Schaffung steuerlicher Anreize, um die frühere **Ausflottung lauter Flugzeuge** oder deren Nachrüstung zu beschleunigen.
- Deutliche Beschleunigung und mehr Flexibilität bei der Vergabe von Mitteln für Lärmschutzmaßnahmen des **Regionalfonds**.
- Stärkere Wahrnehmung und Nutzung des **„Umwelt- und Nachbarschaftshauses“** unter Einbeziehung aller am Luftverkehr Beteiligten.
- Errichtung eines **„Forschungszentrums Lärmschutz“** an einer hessischen Hochschule.
- Bestellung eines **Lärmschutzbeauftragten** für alle Arten verkehrsbedingter Lärmbelastung.
- Aufforderung aller öffentlichen Anteilseigner, die **Dividenden aus der Fraport AG** wie das Land Hessen zu 50 Prozent für Lärmschutz auszugeben.
- Förderung und Unterstützung der **Luftverkehrswirtschaft** zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, bspw. durch Abschaffung der Luftverkehrssteuer oder Umwandlung in eine zweckgebundene Abgabe sowie Ablehnung eines auf Europa beschränkten Emissionshandels.
- Förderung des neu eröffneten Flughafen **Kassel-Calden** mit seiner zentralen Funktion für Nordhessen.

Wasserstraßen

- Stärkung der **hessischen Binnenhäfen**, die wichtige Logistikstandorte sind, da sie die Wasserstraßen mit Straße und Schiene verbinden.
- **Förderung der Binnenschifffahrt** als sicheren, leisen und umweltschonenden Baustein unseres Verkehrs- und Logistiksystems.
- Forderung nach Finanzierung von **Pflege und Unterhalt der Binnenwasserstraßen** durch den Bund. Die Verteilung bspw. der Erhaltungslasten im Rahmen einer Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung darf nicht einseitig zulasten von Ländern, Kreisen und Kommunen erfolgen.
- Erhalt der hessischen **Bundeswasserstraßen** und Steigerung ihrer Funktionsfähigkeit entsprechend ihrer verkehrswirtschaftlichen und touristischen Bedeutung.
- Gewährleistung einer bedarfsgerechten Nutzung der hessischen **Bundeswasserstraßen für Güterverkehr und Tourismus**.

Radverkehr

- Fortsetzung der Investitionen in das **hessische Radwegenetz**.
- Ausarbeitung eines Aktionsplans „**Radverkehr in der Großstadt**“, um Kurzpendler zum Umstieg aufs Fahrrad zu ermutigen.
- Fortsetzung der **Initiativen im Radtourismus** wie dem „Radroutenplaner Hessen“ und der „Meldeplattform Radverkehr“.
- Bundesratsinitiative zur Einführung einer generellen **Helmpflicht** für Radfahrer.
- Förderung des Radverkehrs als zentralem Bestandteil lokaler Wertschöpfungsketten im „**sanften Tourismus**“.
- Forderung nach zusätzlichen **Fahrradmitnahmemöglichkeiten** in Zügen, insbesondere die parallel zu Flussradwegen verlaufen.

Ideen und Ziele für das Internet

- Ausbau der **schnellen Internetverbindungen** auf Basis der **hessischen Breitbandinitiative** bis 2014 auf 75 Prozent und bis 2016 auf 100 Prozent, damit insbesondere der ländliche Raum in Zeiten des Internets und der Globalisierung über mindestens 50 Mbit/s verfügt.
- Erweiterung der **hessischen Breitbandinitiative** mit dem Ziel der langfristigen Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der hessischen Kommunikationsinfrastruktur.
- Stärkung des südhessischen Wirtschaftsraumes mit dem Zentrum Darmstadt als **Silicon Valley Europas** durch Förderung von Ansiedlung und **Existenzgründung** in der Informations- und Kommunikationsbranche (IKT) sowie starke Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen (z.B. House of IT).
- **Unterstützung traditioneller Unternehmen**, die sich mit der IKT-Branche verzahnen und / oder neue internetbasierte Geschäftsmodelle entwickeln wollen (z.B. im Gesundheitsbereich); Hessen ist angesichts der vorhandenen IT-Kapazität und -Dichte prädestiniert für innovative Forschung und Anwendungen.
- Forderung eines **Urheberrechts**, das auch im Internet einen fairen Interessenausgleich zwischen Nutzern und Urhebern garantiert.
- Bekräftigung des Grundsatzes **„Was außerhalb des Netzes verboten ist, muss auch im Netz verboten sein.“**
- Einbringung einer Bundesratsinitiative, um bei **Sozialen Netzwerken die höchste Sicherheitseinstellung voreinzustellen**, die vom Nutzer individuell gelockert werden kann.
- Verbesserung der Information über und Regulierung von digitalem **Fingerprinting**, durch das einzelne Nutzer anhand von technischen Merkmalen wie Browser, Betriebssystem, Softwareversion, Bildschirmauflösung etc. identifiziert werden.
- Vorantreiben der Forschung im Rahmen von z.B. technischen Jugendschutzprogrammen und zum **„digitalen Vergessen“**.
- Wahrung der Netzneutralität nach dem Prinzip der **diskriminierungsfreien Übertragung von Daten** durch die Internetservice-Provider. Datenpakete sollen unabhängig von Sender, Empfänger, Inhalt oder der generierenden Anwendung unverändert und gleichberechtigt übertragen werden.

Ideen und Ziele für Rundfunk und Medien

- Erhalt der **Meinungsvielfalt** und einer vielfältigen Medienlandschaft, in der öffentlich-rechtlicher Rundfunk genauso wichtig ist wie private Medien.
- Stärkung des **Medienstandortes Hessen**; ohne freie Medien gibt es keine freie und lebendige demokratische Gesellschaft.
- Unterstützung des breiten Angebotes von Printmedien und kritische Begleitung der zunehmenden **Konzentration im Zeitungsmarkt**.
- **Bekennnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk**; ARD, ZDF und Deutschlandradio obliegt es, einen besonders hohen qualitativen Standard moderner Massenkommunikation anzubieten und die mediale Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen.
- Erhalt und **Stärkung des Hessischen Rundfunks** in der ARD-Senderfamilie.

- Verpflichtung, für eine ausreichende Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sorgen, der auch dem Ziel der Beitragsstabilität verpflichtet ist; durch kritische Evaluierung des **Rundfunkbeitragsstaatsvertrages** soll eine zu starke Belastung von Bürgern und des Gewerbes ausgeschlossen werden.
- Unterstützung des **privaten Rundfunks** durch Schaffung von fairen Rahmenbedingungen.
- Diskriminierungsfreie Ausgestaltung aller in Hessen zugelassenen lokalen und regionalen **Rundfunkangebote** durch entsprechende Einspeisung der Angebote in alle digitalisierten Kabelanlagen im jeweiligen Verbreitungsgebiet.
- Sicherung einer breiten Berichterstattung bei privaten Rundfunkanbietern durch **Regionalfenster** und sogenannte **Drittsenderprogramme**.
- Überprüfung, ob die Verweildauer der Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den **Mediatheken** im Interesse der Nutzer verlängert werden kann.
- Bekenntnis zur **Selbstverantwortung der Medienanbieter**, bei der die Politik Jugend- und Verbraucherschutz nur dort reguliert, wo präventive Maßnahmen nicht ausreichend vorhanden sind.
- **Förderung der Medienkompetenz**, vor allem in der Schul- und Erwachsenenbildung, um das Potenzial der Digitalisierung positiv zur Entfaltung kommen zu lassen, indem die Risiken durch ehrverletzende, pornographische, Gewalt verherrlichende, rassistische oder sonstige jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote reduziert werden; hierin muss auch die Prävention von Gefahren und der bewusste Umgang mit Daten eingeschlossen sein.
- Unterstützung gesellschaftlicher Bündnisse zur Förderung der **Medienkompetenz**; gemeinsam mit Partnern aus den Kommunen, Kreisen, Kammern, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenorganisationen wollen wir neue medienpädagogische Bildungschancen und -anreize auch für Ältere schaffen.

10. SOLIDE UND GUT AUFGESTELLT

Der Gang in eine weitere Verschuldung wurde mit der von Ministerpräsident Volker Bouffier initiierten Volksabstimmung zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung beendet. Wie in jedem privaten Haushalt muss auch der Staat mit dem Geld der Steuerzahler solide umgehen. Für uns heißt das: ausgeben, was erwirtschaftet wurde und nicht immer neue Steuern erheben. Es gilt, die Verwaltung zu straffen und nicht dem Bürger immer tiefer in die Tasche zu greifen.

Die CDU hat in Hessen beispielsweise die Neuverschuldung seit dem Jahr 2010 mehr als halbiert und auch die Kommunen durch den neuen kommunalen Schutzschirm mit mehr als drei Milliarden Euro unterstützt. Wir richten unsere Verwaltung bürgernah aus, haben innovative Elemente der Verwaltungsmodernisierung seit Jahren umgesetzt und die neuen Medien in die Servicefunktionen der öffentlichen Verwaltung eingebaut.

Um solide Finanzen auch in der Zukunft zu gewährleisten, wird der Staat sich von Aufgaben trennen und auch auf lieb gewonnene Subventionen verzichten müssen. Der Staat wird in der Zukunft nicht all das finanzieren können, was wünschenswert ist. Die notwendigen Sparbemühungen können für Hessen dabei deutlich reduziert werden, wenn der Länderfinanzausgleich zugunsten Hessens und anderer Geberländer neu strukturiert wird.

Ideen und Ziele für solides Haushalten:

- Klares Bekenntnis zur **Schuldenbremse** und der konsequenten Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung; Ziel ist es, einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung spätestens im Jahr 2019 aufzustellen und die Nettokreditaufnahme bis spätestens 2020 auf null zu senken.
- Neuregelung des **Länderfinanzausgleichs** und Abschluss des Klageverfahrens, in welchem sich Hessen und Bayern uneingeschränkt zur Solidarität der Länder bekennen; Solidarität kann und darf aber nicht bedeuten, einem bedingungslosen Länderfinanzausgleich zuzustimmen, der auf Kosten hessischer Steuerzahler in anderen Ländern Subventionen und Steuergeschenke dauerhaft ermöglicht. Sollte es im Zuge der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu einer verbesserten Finanzsituation des Landes kommen, so sind die Kommunen angemessen daran zu beteiligen.
- **Priorisierung aller Ausgabenprojekte** des Landes auf ihre Machbarkeit im Hinblick darauf, ob und wie sie im Rahmen des Abbaus der Nettokreditaufnahme zu realisieren sind; dies gilt auch für alle in diesem Wahlprogramm aufgeführten Vorhaben.
- Prüfung der Aufnahme von Elementen des in einzelnen Kommunen bereits angewandten **Bürgerhaushaltes** auch im Haushalt des Landes Hessen.
- Prüfung der pauschalen Vereinnahmung nicht verwendeter Mittel aus dem Aufkommen des Solidaritätszuschlags in den Bundeshaushalt und Prüfung der Verwendung der nicht verausgabten Mittel zum Zweck einer **bedarfsorientierten Infrastrukturförderung**.

Ideen und Ziele für Finanzen und Steuern:

- Förderung einer **investitionsfreundlichen Politik**, die zu Steuernehreinnahmen führt, an Stelle der Erhöhung von Steuersätzen.
- Klare Positionierung im Bundesrat **gegen Steuererhöhungen** für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder mittelständische Betriebe.

- Verhinderung einer **Vermögensteuer oder Vermögensabgabe**, die den Investitionswillen sowie die Investitionsfähigkeit von Unternehmen behindert und zur Existenzgefährdung besonders von Unternehmen mit hoher Fertigungstiefe führt.
- Ablehnung der Erhöhung der **Einkommensteuer** im Kontext mit einer Vermögenssteuer, weil diese insbesondere Mittelstand und Handwerk als Rückgrat der Wirtschaft trifft.
- **Ablehnung von Vorschlägen für neue Steuern und Abgaben** auf Ebene des Landes oder des Bundes (z.B. Wassercent, Sand- und Kiessteuer, Abgabe auf Plastiktüten etc.).
- Bekämpfung von **Steuerschlupflöchern** und Förderung der Europäischen Integration im Steuerrecht sowie Förderung eines fairen und leistungsgerechten Steuer- und Abgabensystems.
- Unterstützung des europaweiten und länderübergreifenden Vorgehens gegen die **grenzüberschreitende Steuerflucht**.
- Unterstützung eines Neuanlaufs zur Umsetzung eines **Steuerabkommens mit der Schweiz** zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, das allein dem Land Mehreinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe bringen wird.
- Prüfung der Weiterentwicklung des **Ehegattensplittings** im Sinne der Stärkung von Familien mit Kindern.

Ideen und Ziele für eine moderne Verwaltung:

- Durchsetzung einer **einfachen und verständlichen Sprache** bei Formularen, Behördendokumenten und Verwaltungshandeln jeder Art.
- Weiterer **Abbau von Bürokratie** – insbesondere von Verordnungen, schwer verständlichen Formularen und ähnlichem.
- Erweiterung des Bürgerbüros der Hessischen Landesregierung um eine **digitale Kommunikationsplattform**.
- Erprobung neuer und innovativer **online-Bürger-Beteiligungsmodelle** (z.B. bei Bürgerhaushalten, Befragungen, Planungsentscheidungen etc.).
- Prüfung, wie und ob der bestehende Rechtsrahmen für eine optimale und standardisierte Einbindung der **Bürgerbeteiligung** angepasst werden muss, und in wieweit **Bürgerbefragungen** künftig berücksichtigt werden können.
- Weiterentwicklung von **eGovernment-Projekten** mit dem Ziel, die Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen, Verwaltungsabläufe zu straffen, den Bürokratieabbau zu beschleunigen und es den Bürgern zu ermöglichen, alle Behördengänge über das Internet erledigen zu können.
- Förderung der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und im Öffentlichen Dienst durch flexible Arbeitszeitgestaltung und Teilzeit- sowie Telearbeitsangebote.
- Unterstützung des **Gesundheitsmanagements** und gesundheitlicher Prävention im Öffentlichen Dienst.
- Fortsetzung des erfolgreichen Dialoges des Landes Hessen mit den Gewerkschaften bei anstehenden **Tarifverhandlungen** im öffentlichen Dienst.
- **Einrichtung regelmäßiger Praktika** in der freien Wirtschaft für Angehörige des Öffentlichen Dienstes auf freiwilliger Basis.

- Förderung des **wechselseitigen Austauschs** zwischen Unternehmen und dem Öffentlichen Dienst.
- Ausarbeitung eines Konzeptes für **Online-Personalratswahlen** in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.
- Weiterentwicklung der Neuen Verwaltungssteuerung zu einem leistungsfähigen und modernen **Steuerungs- und Controlling**-Instrument.
- Weiterentwicklung des Staatssekretärs für E-Government zu einem **Staatssekretär für Netzpolitik** in der Staatskanzlei.
- Zur Verfügung stellen der Debatten des Hessischen Landtages im Internet. Dabei können auch kostengünstige Varianten wie z.B. das Online-Videoportal YouTube in Betracht gezogen werden. Langfristig sollte es das Ziel sein, die Debatten auch Live und in guter Qualität über das Internet sehen zu können.

